

## Zur Frage der Kausalität wirtschaftlicher Veränderungen (II)

Von

Albrecht Forstmann - Berlin

### IV. Strukturwandlungen

#### A. Allgemeines

Die Unklarheiten, die hinsichtlich des Unterschiedes von endogen und exogen bedingten Veränderungen im wirtschaftlichen Ablaufe ziemlich oft bestehen, haben dazu geführt, daß man — wenn auch nicht immer bewußt — zwischen konjunkturellen und strukturellen Veränderungen im wirtschaftlichen Ablauf und zwar in dem Sinne glaubte unterscheiden zu können, daß man konjunkturelle Veränderungen als grundsätzlich endogen bedingt ansah<sup>1</sup>, während man strukturelle Veränderungen im wesentlichen als solche exogener Bedingtheit glaubte ansehen zu müssen.

---

<sup>1</sup> Soweit man sich dabei überhaupt über den grundsätzlich zyklischen Charakter konjunktureller Veränderungen im wirtschaftlichen Ablaufe im klaren ist. Damit soll natürlich keinesfalls bestritten werden, daß auf den Verlauf der Konjunkturen der wirtschaftlichen Wirklichkeit auch exogene Kräfte azyklischer Art modifizierend wirken können, nur muß man sich stets darüber im klaren bleiben, daß es sich hierbei eben immer nur um Modifikationen handeln kann, die den grundsätzlich zyklischen Verlauf der Konjunkturen nicht ändern können, wenn hier noch von „konjunkturellen“ Veränderungen gesprochen werden soll.

Daher ist es auch — wie G. Haberler (a. a. O., S. 21 f.) ausführt — „aus verschiedenen Gründen wünschenswert, bei der Erklärung des Konjunkturzyklus dem Einfluß äußerer Störungen so wenig Wichtigkeit wie möglich beizumessen. Erstens sind große Schwingungen in Richtung Prosperität und Depression, wie wir sie in der Wirklichkeit finden, schwer allein durch exogene Kräfte zu erklären. Und diese Schwierigkeit wird zur Unmöglichkeit, wenn die angeführten ‚Störungen‘ nicht ihrerseits eine wellenartige Bewegung zeigen. Auch wenn ein periodischer Charakter vorausgesetzt wird . . . bereitet diese Hypothese viele Schwierigkeiten. Die Reaktion des Wirtschaftsystems scheint *prima facie* bei der Bildung des Konjunkturzyklus wichtiger zu sein als Störungen von außen.“

Zwar sind die „Konjunktoren“ der wirtschaftlichen Wirklichkeit, wie sie sich im Verlaufe des vergangenen Jahrhunderts bis zum ersten Weltkriege abspielten, im wesentlichen Erscheinungen endogener Bedingtheit, die — wie ausgeführt wurde — ihren Grund (wenn auch nicht immer ihre eigentliche und letzte Ursache) in der — um mit R. G. H a w t r e y zu sprechen — „inhärenten Instabilität des Kredits“ hatten; aber das vermag natürlich nicht die Tatsache zu berühren, daß es auch exogen bedingte Veränderungen konjunktureller Art geben kann — und auch gegeben hat — und daß solche immer dann auftreten werden, wenn die exogenen Kräfte, durch die solche Veränderungen letztlich verursacht werden, einer zyklischen Gesetzmäßigkeit unterliegen, die natürlich — im Gegensatz zu endogen bedingten konjunkturellen Veränderungen — a u ß e r wirtschaftlicher Art ist.

Wenn wir im Rahmen unserer vorliegenden Betrachtungen trotzdem zwischen konjunkturellen Veränderungen im wirtschaftlichen Ablaufe einerseits und solchen struktureller Natur andererseits unterscheiden müssen, dann hat das seinen Grund vor allem darin, daß die bei einer j e d e n Art von Veränderungen im wirtschaftlichen Ablaufe auftretenden Veränderungen der relativen Grenzergiebigkeiten der Produktionsfaktoren bei s t r u k t u r e l l e n Veränderungen Ausdruck einer Veränderung des V e r h ä l t n i s s e s sind, in dem die Produktionsfaktoren zueinander stehen. Demgegenüber weisen k o n j u n k t u r e l l e Veränderungen solche Änderung im Verhältnis der Produktionsfaktoren n i c h t auf, sondern die Veränderung der relativen Grenzergiebigkeiten sind hier nur Ausdruck divergierender Reaktionsgeschwindigkeit. Auf dieser Tatsache beruht auch der zyklische Charakter konjunktureller Veränderungen bzw. umgekehrt auch der azyklische Charakter struktureller Veränderungen.

Wir können angesichts der zwischen konjunkturellen und strukturellen Veränderungen aufgezeigten Unterschiedlichkeiten auch grundsätzlich feststellen, daß sich bei strukturellen Veränderungen diejenigen Größen ändern, die bei konjunkturellen Veränderungen als „Daten“ anzusehen sind, d. h. bei strukturellen Veränderungen werden gewisse Daten konjunktureller Veränderungen zu Variablen.

Wenn nun aber auch strukturelle Veränderungen durch eine Veränderung solcher Daten charakterisiert sind, so spielt sich eine solche Datenänderung doch — wie im einzelnen noch zu zeigen sein wird — k o n t i n u i e r l i c h ab, soweit eine e n d o g e n e Verursachung vorliegt. Das ist insofern wichtig, als hier auch der grundsätzliche Unterschied zwischen endogen und exogen bedingten Veränderungen im wirtschaftlichen Ablaufe liegt, und zwar deshalb, weil — wie ebenfalls noch zu zeigen sein wird — e x o g e n bedingte Veränderungen ihren

Ausdruck in einer diskontinuierlichen Veränderung der Daten finden<sup>2</sup>.

Die Schwierigkeit — um nicht zu sagen Unmöglichkeit — zu einer klaren und eindeutigen Unterscheidung hinsichtlich der Art der Verursachung von Veränderungen im wirtschaftlichen Ablaufe (als integrierender Voraussetzung auch für die Möglichkeit der Durchführung zielklarer wirtschaftspolitischer Maßnahmen) kommen zu können, beruht wohl vor allem darauf, daß man sich durch gewisse Ähnlichkeiten in den äußerlichen Erscheinungsformen von Veränderungen im wirtschaftlichen Ablaufe über ihren tatsächlichen Charakter hinwegtäuschen läßt. Das ist besonders dann der Fall, wenn entweder die kausalen Zusammenhänge nicht — oder zumindest nicht ausreichend — erforscht sind oder aber wenn man — wie das namentlich bei den sogenannten „Praktikern“ und „Politikern“ der Fall ist — glaubt, daß die „praktischen Erfahrungen“ — die regelmäßig grundsätzlich andere wirtschaftliche Voraussetzungen zur Grundlage haben — eine ausreichende Aktivlegitimation für wirtschaftspolitisches Handeln seien.

Die sich in solchen Fällen — aus äußerlichen Ähnlichkeiten in den Erscheinungsformen — ergebenden Irrtümer hinsichtlich des wahren Charakters wirtschaftlicher Veränderungen werden namentlich dann entstehen, wenn exogen bedingte Veränderungen azyklischer Art in einer Weise aufeinander folgen, die in ihrer Sukzessivität äußerlich einem konjunkturellen Ablaufe ähnelt. Dieser Fall war mit besonderer Prägnanz gelegentlich der rein exogen bedingten sogenannten „Prosperity-Periode“ und der auf sie folgenden ebenso rein exogen bedingten „Weltwirtschaftskrise“ der Fall.

Es scheint angesichts dieser Tatsachen — nicht minder aber auch mit Rücksicht auf die durchaus fehlenden „praktischen Erfahrungen“ in solchen exogen bedingten Strukturwandlungen — kaum verwunderlich, daß man die hier aufgeworfenen Probleme nur unter konjunkturellem Gesichtspunkte zu sehen vermochte — wie es ja auch den gemachten praktischen Erfahrungen entsprach — und sie in diesem Sinne nicht nur wirtschaftstheoretisch zu deuten versuchte<sup>3</sup>, in einer Weise, die

---

<sup>2</sup> Die von J. Tinbergen (Suggestions on Quantitative Business Cycle Theory, *Ecm.*, vol. 3, 1935, pg. 241) getroffene Unterscheidung zwischen endogen und exogen bedingten Veränderungen derart, daß letztere eine Datenänderung bedingen, erstere aber nicht, scheint daher auch in dieser Allgemeinheit nicht zu befriedigen. Das gilt auch für die ähnlichen Ausführungen von G. Haberler (a. a. O., S. 20 f.).

<sup>3</sup> Vgl. hierzu auch A. Forstmann: Der Kampf um den internationalen Handel, a. a. O.; derselbe: Zur außenwirtschaftlichen Nachkriegsproblematik, a. a. O.; derselbe: Zur Frage der Erneuerung der Außenwirtschaftstheorie und ihres Einbaus in die allgemeine volkswirtschaftliche Theorie, *Jb. f. N. u. St.*, Bd. 163, 1951.

zum Teil die Form von „Wahrsagungen“ annahm<sup>4</sup>, sondern daß man sie auch durch wirtschaftspolitische Maßnahmen zu gestalten versuchte, die den tatsächlichen Gegebenheiten in keiner Weise angemessen waren, und daher auch nur zu mehr oder weniger katastrophalen Fehlschlägen führen mußten. Eine Klärung der hier relevanten Zusammenhänge und Bedingtheiten — aber auch anderer exogen bedingter Strukturwandlungen — scheint deshalb besonders notwendig, weil man aus den in jener Zeit gemachten Erfahrungen offenbar nichts gelernt hat, was allerdings nicht zuletzt auch wohl an einer unzureichenden theoretischen Durchdringung der hier bestimmenden Probleme liegt.

Bevor jedoch an die Klärung dieser exogen bedingten Strukturwandlungen und ihrer jeweiligen besonderen Bedingtheiten gegangen werden kann, scheint es zweckmäßig, zunächst einmal jene endogen bedingten strukturellen Veränderungen im wirtschaftlichen Ablaufe zu untersuchen, die im wesentlichen der Ausdruck der natürlichen volkswirtschaftlichen Wachstumserscheinungen sind insofern, als diese Untersuchungen eine wichtige Grundlage auch für die folgenden Betrachtungen exogen bedingter struktureller Veränderungen im wirtschaftlichen Ablaufe geben.

## B. Endogen bedingte Strukturwandlungen

Veränderungen struktureller Art und endogener Bedingtheit im wirtschaftlichen Ablaufe sind charakteristisch für die natürliche wirtschaftliche Entwicklung; sie haben ihren Ausgangspunkt in Veränderungen im Umfange der Bevölkerung und führen zu einer Veränderung in der Bevölkerungsdichte. Hierbei handelt es sich grundsätzlich um eine Steigerung der Bevölkerungsdichte als Ausdruck der normalen volkswirtschaftlichen Wachstumserscheinungen, wie sie namentlich für junge Völker charakteristisch sind. Diese normale Art von Veränderungen im Umfange der Bevölkerung und der Bevölkerungsdichte sagt natürlich nichts gegen die Möglichkeit einer Stabilisierung oder aber auch einer Senkung im Umfange der Bevölkerung, die ihren besonderen Ausdruck — im Verlaufe einer endogen bedingten Entwicklung — vor allem in entsprechenden Geburtenrückgängen findet, die meist der Ausdruck einer volklichen Überalterung sind.

---

<sup>4</sup> So meinte beispielsweise F. S o m a r y (Krisenwende? Berlin 1932, S. 9), „die große Krise ... würde erst dann zu Ende gehen können, wenn vier weitere Vorbedingungen erfüllt seien: Die erste sei die Rekonstruktion des italienischen Bankwesens, die zweite der Niederbruch und die Sanierung der deutschen Bankorganisation, die dritte die Suspension der englischen Goldzahlungen und die vierte der Sturz des Kreuger-Konzerns“.

Die Bedeutung von Veränderungen im Umfange der Bevölkerung bzw. der Bevölkerungsdichte im Rahmen der vorliegenden Betrachtungen ergibt sich daraus, daß diese Größen bestimmend sind für die Art der wirtschaftlichen Entwicklung und die der Gleichgewichtsverhältnisse im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen<sup>5</sup>. Hierbei handelt es sich im besonderen um die Frage, ob sich die wirtschaftliche Entwicklung unter zunehmendem oder abnehmendem Umfange der Bevölkerung bzw. des Bevölkerungszuwachses vollzieht.

Soweit die Gestaltung des Bevölkerungsumfanges interessiert, handelt es sich hier also um die Frage, ob die erste Ableitung der Bevölkerungsfunktion — als welche die Abhängigkeit des Bevölkerungsumfanges  $B$  von der Zeit  $t$  bezeichnet werden kann — entsprechend dem Ausdruck

$$\frac{dB}{dt} > 0$$

einen positiven oder aber ob sie entsprechend dem Ausdruck

$$\frac{dB}{dt} < 0$$

einen negativen Wert aufweist.

Im erstgenannten Falle liegt eine Zunahme im Umfange der Bevölkerung vor, die die Tatsache zum Ausdruck bringt bzw. die ursächlich letztlich dafür bestimmend ist, daß der Trend der wirtschaftlichen Entwicklung ein expansiver ist, während im zweitgenannten Falle eine Abnahme im Umfange der Bevölkerung vorliegt, die den Tatbestand eines kontraktiven Trends der wirtschaftlichen Entwicklung zum Ausdruck bringt bzw. hierfür ursächlich bestimmend ist.

Als „Normalfall“ der Entwicklung wird im allgemeinen eine Zunahme im Umfange der Bevölkerung angenommen werden können, so daß also der Trend der wirtschaftlichen Entwicklung grundsätzlich expansiver Natur ist. Das entsprach auch der Auffassung der „klassischen“ Nationalökonomie<sup>6</sup>, wengleich diese natürlich auch den Fall einer Abnahme im Umfange der Bevölkerung bzw. des Bevölkerungszuwachses als Ausdruck der Tatsache kannte, daß der Lohn sein „natürliches“ Niveau unterschritt. Im besonderen interessiert daher auch die Art der Gestaltung des

<sup>5</sup> Vgl. hierzu auch A. H. Hansen: Full Recovery or Stagnation, New York 1938; siehe auch derselbe: Economic Progress and Declining Population Growth, AER., vol. 29, 1939.

<sup>6</sup> Wie A. Predöhl (Außenwirtschaft, Göttingen 1949, S. 101) feststellt, gilt „das rosige Schema der klassischen Theorie der freien Konkurrenz ... in der Wirklichkeit nur im Zusammenhang mit der Expansion“.

Bevölkerungszuwachses als Funktion der Zeit, insofern als jeweils im besonderen von einem abnehmenden oder von einem zunehmenden oder auch von einem stagnierenden Bevölkerungszuwachs gesprochen werden kann. Der letztgenannte Fall liegt — als Ausdruck einer „gleichmäßig fortschreitenden Wirtschaft“ immer dann vor, wenn die erste Ableitung der Bevölkerungsfunktion entsprechend der Beziehung

$$\frac{dB}{dt} = \text{konst.} \cdot$$

sich nicht verändert.

Hat hingegen die zweite Ableitung der Bevölkerungsfunktion entsprechend dem Ausdruck

$$\frac{d^2B}{dt^2} > 0$$

einen positiven Wert, so handelt es sich um eine nicht nur absolut, sondern auch relativ expansive wirtschaftliche Entwicklung, wie sie charakteristisch ist für einen grundsätzlich inflatorischen Verlauf des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens.

Ist andererseits die zweite Ableitung der Bevölkerungsfunktion entsprechend dem Ausdruck

$$\frac{d^2B}{dt^2} < 0$$

negativ, so liegt — soweit keine außenwirtschaftlichen Kompensationsmöglichkeiten bestehen — eine zwar absolut expansive, aber relativ kontraktive wirtschaftliche Entwicklung als Ausdruck eines grundsätzlich deflatorischen Verlaufs des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens vor.

Die hier relevanten Zusammenhänge und Bedingtheiten sind es auch, die — wenn auch in ihrer Bedeutung kaum erkannt — letztlich den Versuchen zugrunde liegen, die geschichtliche Entwicklung unter monetären Aspekten zu betrachten, derart, daß — dem allgemeinen Falle zunehmender Bevölkerung bzw. zunehmenden Bevölkerungszuwachses entsprechend — eine inflationistische Geschichtsbetrachtung durchgeführt wurde, während für Zeiten allgemeinen Niederganges — dem hierfür charakteristischen abnehmenden Bevölkerungszuwachs bzw. dem abnehmenden Bevölkerungsumfange entsprechend — eine deflatorische Geschichtsbetrachtung angestellt wurde<sup>7</sup>.

Die angegebenen Zusammenhänge und Bedingtheiten sind von bestimmender Bedeutung für die Gestaltung der Produktionsfaktoren und

<sup>7</sup> Vgl. hierzu auch A. Forstmann: Zur Theorie der Deflation, a. a. O., S. 252 ff.

ihres Verhältnisses zueinander, durch die deren relative Grenzergiebigkeiten und damit auch die Lage ihrer optimalen Kombination bestimmt wird. Betrachten wir den als normal anzusehenden Tatbestand einer Steigerung im Umfange der Bevölkerung, so ergibt sich hieraus die Tatsache, daß mit zunehmendem Bevölkerungsumfang auch der Produktionsfaktor „Arbeit“ eine mengenmäßige Steigerung erfährt. Die Folge davon ist, daß — *ceteris paribus* — auch seine Grenzergiebigkeit eine sinkende Tendenz aufweist.

Nun findet aber mit zunehmendem Umfange der Bevölkerung auch eine Steigerung der Bevölkerungsdichte statt. Daraus ergibt sich eine nicht nur absolute, sondern auch relative Steigerung der Nachfrage, insbesondere nach Bodenprodukten, d. h. eine Steigerung der Nachfrage pro Flächeneinheit. Es besteht also ein unmittelbarer Kausalzusammenhang zwischen dem Umfange der Bevölkerung und damit der Menge des Produktionsfaktors „Arbeit“ bzw. seiner Grenzergiebigkeit und der des Produktionsfaktors „Boden“<sup>8</sup>.

Diese Kausalbeziehung wirkt sich darin aus, daß infolge der angegebenen Veränderung des Produktionsfaktors „Arbeit“ die Grenzergiebigkeiten der beiden genannten Produktionsfaktoren im Verlaufe einer als normal anzusehenden wirtschaftlichen Entwicklung entgegengesetzte Tendenz aufweisen. Das beruht darauf, daß, *ceteris paribus*, die Grenzergiebigkeit des Produktionsfaktors „Arbeit“ abnehmende und die des Produktionsfaktors „Boden“ ansteigende Tendenz hat, die durch die Steigerung der Bevölkerungsdichte und der sich hieraus ergebenden relativen Nachfragessteigerung bedingt ist.

Betrachten wir nun noch die Gestaltung des Produktionsfaktors „Kapital“ und seiner Grenzergiebigkeit im Verlaufe der angegebenen, als normal unterstellten wirtschaftlichen Entwicklung, so kann festgestellt werden, daß diese allgemein nicht nur oder auch nur in erster Linie von endogenen, sondern vor allem — um nicht zu sagen ausschließlich — von exogenen Einflüssen abhängig ist insofern, als das Kapital sowohl als solches wie auch in seinen Veränderungen — insbesondere qualitativer Art — eine Funktion vorwiegend bzw. ausschließlich technischer Einflüsse ist.

Die Tatsache des grundsätzlich *exogenen* Charakters des „Kapitals“ als Ausdruck technisch bedingter Einflüsse auf den wirtschaftlichen Ablauf, die mit Rücksicht eben auf ihre völlige Unabhängigkeit von *wirtschaftlichen* Zusammenhängen und Bedingtheiten natur-

---

<sup>8</sup> Vgl. hierzu und zu folgendem auch A. Forstmann: Zur Frage der Erneuerung der Außenwirtschaftstheorie und ihres Einbaus in die allgemeine volkswirtschaftliche Theorie, a. a. O.

gemäß als außerwirtschaftlich bezeichnet werden müssen, vermag natürlich an der Eigenschaft des Kapitals als „Produktionsfaktor“ im Sinne produzierter Produktionsmittel nichts zu ändern. Sie bringt aber in die Betrachtungen, die — wie im vorliegenden Falle — naturgemäß rein endogen ausgerichtet sein müssen, ein Unsicherheitsmoment hinein, das erheblich größer ist als das, das wir gelegentlich unserer Betrachtungen über das Geld im wirtschaftlichen Ablaufe im Hinblick auf die Klärung der Frage kennenlernten, ob das Geld als ein endogenes Element oder aber als ein exogener Faktor im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen angesehen werden kann oder muß.

Da es sich im vorliegenden Zusammenhange zunächst nur um endogene Bedingtheiten handelt, so muß der Einfluß der Technik grundsätzlich außer acht gelassen werden. Das ist nicht nur an sich von Wichtigkeit, sondern auch mit Rücksicht auf die Tatsache bedeutsam, daß Veränderungen technischer Art auch die Grenzergiebigkeit des Produktionsfaktors „Boden“ beeinflussen können, wenngleich auch diese Veränderungen keine derartige Rolle spielen, daß dadurch eine grundsätzliche Veränderung der tendenziellen Entwicklung der relativen Grenzergiebigkeit verursacht werden würde; im Gegensatz zum Produktionsfaktor „Kapital“, bei dem die ihn bedingenden exogenen Einflüsse grundsätzlich für die Gestaltung seiner Grenzergiebigkeit bestimmend sind.

Mit Rücksicht auf diese grundsätzlich exogene Bedingtheit des Produktionsfaktors „Kapital“ ist seine Erfassung im vorliegenden Zusammenhange exogen bedingter struktureller Veränderungen im wirtschaftlichen Ablauf nur möglich, wenn entweder der Einfluß des Produktionsfaktors „Kapital“ auf den wirtschaftlichen Ablauf auf ein Maß beschränkt ist, das gegenüber den Einflüssen, die von den beiden gewissermaßen „natürlichen“ Produktionsfaktoren ausgehen, als vernachlässigbar klein angesehen werden kann, oder aber, wenn Veränderungen im Umfange des Produktionsfaktors „Kapital“ als rein quantitativ, nicht aber auch als solche qualitativer Art angesehen werden können. Das ist aber nur dann der Fall, wenn insbesondere durch Veränderungen im Umfange des Produktionsfaktors „Kapital“ keinerlei Veränderungen in der Art des Erzeugungsverfahrens hervorgerufen werden<sup>9</sup>; wenn dieser Fall

<sup>9</sup> Eine derartige grundsätzliche Veränderung des Erzeugungsverfahrens allgemeiner Natur lag beispielsweise vor, als um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert das gesamte volkswirtschaftliche Erzeugungsverfahren durch Anwendung der neuen Erfindungen im Produktionsprozeß eine grundsätzliche Umgestaltung erfuhr, die sich wirtschaftlich in einer allgemeinen Senkung der Grenzergiebigkeit des „Kapitals“ äußerte, während eine solche Umgestaltung als Sonderfall beispielsweise realisiert war, als im Jahre 1905 die Glasflaschenherstellung



auch schon insofern eine gewisse Einschränkung bedeutet, als hierbei ein bestimmter technischer Zustand als endogen unterstellt wird.

Betrachten wir nun den grundsätzlichen Ablauf der wirtschaftlichen Entwicklung innerhalb einer Volkswirtschaft, und zwar zunächst unter der Annahme, daß das — wie gesagt als grundsätzliche Voraussetzung unterstellte — Fehlen eines gegenüber den beiden anderen „natürlichen“ Produktionsfaktoren nicht zu vernachlässigenden Einflusses des Produktionsfaktors „Kapital“ darauf beruht, daß — wenn man einmal vom Vorhandensein gewisser primitiver Werkzeuge (die ja auch produzierte Produktionsmittel sind) absieht — keinerlei Kapital in dem hier interessierenden Sinne vorhanden ist, ein Fall, wie er praktisch bei den sogenannten „zurückgebliebenen“ Ländern realisiert ist.

In einem solchen Falle wird mit zunehmendem Umfange der Bevölkerung immer mehr Boden in Benutzung genommen werden, bis aller Boden bebaut ist. Hierbei besteht an sich die Möglichkeit, daß zunächst noch mit Inangriffnahme neuen Bodens unter dem Gesetz des zunehmenden Ertragszuwachses produziert wird. Im besonderen setzt das aber die Anwendung des Produktionsfaktors „Kapital“ voraus, durch die ja — wie schon gesagt wurde — die Grenzergiebigkeit des Produktionsfaktors „Boden“ eine Veränderung erfährt, die allerdings insofern nur modifizierend wirkt, als hierdurch die Grenze zwischen zunehmendem und abnehmendem Ertragszuwachs nach höheren Erzeugungsmengen hin verschoben wird.

Mit zunehmendem Umfange der Bevölkerung wird dann — wenn aller Boden in Bearbeitung genommen ist —, *ceteris paribus*, eine Diskrepanz zwischen optimaler und volkswirtschaftlich benötigter Erzeugungsmenge entstehen. Diese kann innerwirtschaftlich nur dadurch zum Ausgleich gebracht werden, daß durch eine der Senkung der Grenzergiebigkeit des Produktionsfaktors „Arbeit“ entsprechende Senkung der realen Entlohnung — und damit des Lebensstandards — wieder Übereinstimmung zwischen optimaler und benötigter Erzeugungsmenge entsteht, soweit ein solcher Ausgleich nicht durch Stabilisierung bzw. Senkung im Umfange der Bevölkerung erreicht wird.

Ein außenwirtschaftlicher Ausgleich — bzw. die Verhinderung der Entstehung einer solchen Diskrepanz — wäre (von der Möglichkeit der Erfüllung der hier erforderlichen Voraussetzungen einmal abgesehen) grundsätzlich nur durch Ausfuhr des Produktionsfaktors „Arbeit“, also durch eine entsprechende Auswanderung oder aber

---

durch Einführung der neuen Flaschenblasmaschine eine grundsätzliche Umgestaltung erfuh, die hier ebenfalls in einer speziellen Veränderung der Grenzergiebigkeit des Kapitals zum Ausdruck kam, so daß durch ein Gesetz, das eine nur langsame Einführung dieser Maschinen zuließ, soziale Nachteile vermieden werden konnten.

durch Einfuhr des Produktionsfaktors „Boden“ — natürlich in der repräsentativen Form seiner Produkte — möglich; es sei denn, daß durch Einfuhr des Produktionsfaktors „Kapital“ eine derartige Steigerung der technischen Produktivität innerhalb der betreffenden Volkswirtschaft erreicht werden kann, daß hierdurch der Ausgleich erzielt wird.

Betrachten wir die angegebenen, endogen bedingten strukturellen Veränderungen noch kurz mit Rücksicht auf das Verhältnis, in dem die Produktionsfaktoren hinsichtlich ihrer optimalen Kombination bzw. jener möglichen Erzeugungsmenge, die der Realisierung dieser optimalen Kombination entsprechen würde, zu der volkswirtschaftlich benötigten Erzeugungsmenge stehen. Hier kann gesagt werden, daß sich die endogen bedingte strukturelle Entwicklung — bei Annahme der als normal unterstellten Steigerung im Umfange der Bevölkerung — derart vollzieht, daß der zunächst überoptimal verfügbare Produktionsfaktor „Boden“ bei steigender Grenzergiebigkeit sich in einen unteroptimal verfügbaren Produktionsfaktor verwandelt, während der zunächst unteroptimal verfügbare Produktionsfaktor „Arbeit“ — bei abnehmender Grenzergiebigkeit — zu einem überoptimal verfügbaren Produktionsfaktor wird.

An den angegebenen Abhängigkeiten wird durch die Einführung des Produktionsfaktors „Kapital“ in die Betrachtungen auch dann nichts Grundsätzliches geändert, wenn man von seiner exogenen Bedingtheit absieht. Das gilt erst recht dann, wenn man ihn insofern als ein endogenes Element unterstellt, als er keine qualitativen, sondern nur quantitative Veränderungen erleidet, da in diesem Falle die angegebenen strukturellen Veränderungen nur eine Modifikation — insbesondere auch hinsichtlich ihres Niveaus — erfahren. Klarheit hierüber werden uns unsere folgenden — in dieser Hinsicht allgemeinen — Betrachtungen über die Bedeutung des Produktionsfaktors „Kapital“ als exogener Faktor im wirtschaftlichen Ablauf zeigen.

### C. Exogen bedingte Strukturwandlungen

Wie gezeigt wurde, sind endogen bedingte strukturelle Veränderungen im wirtschaftlichen Ablaufe der Ausdruck der natürlichen volkswirtschaftlichen Wachstumserscheinungen, wobei sich im Verlaufe dieser Wandlungen das Verhältnis, in dem die Produktionsfaktoren zueinander stehen, langsam und kontinuierlich verändert. Bei exogen bedingten strukturellen Veränderungen im wirtschaftlichen Ablaufe liegen die Verhältnisse nun anders. Allerdings bestehen hierbei nicht nur Unterschiede, sondern auch Ähnlichkeiten bzw. Übereinstimmungen.

Die Übereinstimmung, die zwischen endogen und exogen bedingten strukturellen Veränderungen im wirtschaftlichen Ablaufe besteht, liegt darin, daß in beiden Fällen Veränderungen im Verhältnis der Produktionsfaktoren mit solchen strukturellen Veränderungen verbunden sind.

Der Unterschied zwischen exogen und endogen bedingten Veränderungen im wirtschaftlichen Ablaufe liegt dagegen darin, daß endogen bedingte Veränderungen einen kontinuierlichen Verlauf nehmen, während exogen bedingte Veränderungen diskontinuierlich verlaufen<sup>10</sup>. Ein weiterer Unterschied liegt darin, daß die in beiden Fällen auftretenden Veränderungen im Verhältnis der Produktionsfaktoren zueinander im Falle endogener Veränderungen das Ergebnis der endogenen Bedingtheiten sind, während sie im Falle exogen bedingter Veränderungen im wirtschaftlichen Ablaufe deren Ursache bilden. Schließlich besteht noch ein Unterschied in den Wirkungsmöglichkeiten insofern, als im Falle endogener Bedingtheit der wirtschaftliche Ablauf sich störungsfrei vollzieht, während bei exogener Bedingtheit die Möglichkeit sowohl für einen störungsfreien Verlauf wie auch für das Entstehen von Störungen besteht. Die Frage, ob durch exogen bedingte Strukturänderungen der wirtschaftlichen Entwicklung ein erwünschter Impuls erteilt oder aber ob ein unerwünschter deflatorischer Druck auf sie ausgeübt wird, ist — wie noch im einzelnen zu zeigen sein wird — davon abhängig, ob durch die exogen bedingten Einflüsse die der wirtschaftlichen Entwicklung immanenten „natürlichen“ Kräfte eine Förderung oder aber eine Hemmung erfahren. Hierbei ist von besonderer Bedeutung die Frage, ob durch die exogen bedingten Einflüsse die relativ (in bezug auf die volkswirtschaftlich benötigte Erzeugungsmenge) optimale Kombination der Produktionsfaktoren eine Förderung oder aber eine Hemmung erfährt, ob also die exogen bedingten Einflüsse zu einer relativen Verbesserung oder aber Verschlechterung der Kombination der Produktionsfaktoren führen.

Die Aufgabe der folgenden Betrachtungen ist zunächst darin zu sehen, zu prüfen, ob und gegebenenfalls welche allgemeinen und grundsätzlichen Tatbestandsmerkmale bestehen, die für jede Art exogen bedingter struktureller Veränderungen im wirtschaftlichen Ablaufe charakteristisch sind. Sind solche allgemeinen und grundsätzlichen Tatbestandsmerkmale vorhanden, so ist weiter zu untersuchen, welche Alternativen hierbei praktisch jeweils im einzelnen bestehen können. Schließlich ist weiterhin zu prüfen, durch welche konkreten Einflußmöglichkeiten diese grundsätzlich möglichen Alternativen jeweils im

---

<sup>10</sup> Das bedeutet allerdings nicht, daß gewisse exogen bedingte Veränderungen im wirtschaftlichen Ablaufe nicht auch kontinuierlich abklingen können.

besonderen realisiert werden bzw. welche dieser grundsätzlich möglichen Alternativen durch die praktisch möglichen exogenen Einflußarten jeweils im besonderen realisiert werden, und in welcher Weise eine solche Realisierung erfolgt. Dabei ist naturgemäß vor allem die Frage zu untersuchen, ob durch die jeweiligen konkreten exogen bedingten strukturellen Veränderungen im wirtschaftlichen Ablaufe eine erwünschte expansive oder aber eine unerwünschte kontraktive wirtschaftliche Entwicklung induziert bzw. bedingt wird.

Der grundsätzliche und allgemeine Charakter einer jeden Art struktureller Veränderungen im wirtschaftlichen Ablaufe liegt — wie bereits ausgeführt wurde — in der Tatsache, daß die Veränderung der relativen Grenzergiebigkeiten, durch die Veränderungen im wirtschaftlichen Ablaufe ja überhaupt gekennzeichnet sind, durch Veränderungen im Verhältnis der Produktionsfaktoren zueinander verursacht werden. Hierbei sind *exogen* bedingte Veränderungen im besonderen dadurch ausgezeichnet, daß diese Veränderungen im Verhältnis der Produktionsfaktoren zueinander — im Gegensatz zu *endogen* bedingten strukturellen Veränderungen — durch die *Diskontinuität* dieser Veränderungen ausgezeichnet sind<sup>11</sup>.

Diese Veränderungen im Verhältnis der Produktionsfaktoren zueinander werden dadurch verursacht, daß die verfügbare Menge eines — oder auch mehrerer — Produktionsfaktoren eine Veränderung erfährt mit dem Ergebnis, daß dadurch eine Diskrepanz zwischen der optimalen Kombination der Produktionsfaktoren entsprechenden Erzeugungsmenge und jener Erzeugungsmenge hervorgerufen wird, die nachgefragt wird und damit volkswirtschaftlich legitimiert ist. Diese Veränderung kann derart sein, daß der jeweils veränderte Produktionsfaktor durch die *exogen* bedingte Veränderung entweder über- oder unteroptimal im Hinblick auf die wirtschaftlich legitime Erzeugungsmenge wird.

Die Kräfte, die durch Einwirkung von außen derartige Veränderungen im Verhältnis der Produktionsfaktoren zueinander hervorrufen, können verschiedener Art sein. Sie lassen sich jedoch im wesentlichen auf drei grundsätzlich unterschiedliche Einwirkungsmöglichkeiten reduzieren, und zwar handelt es sich einmal um Veränderungen, die durch Einflüsse der *Technik* verursacht sind, zum anderen können durch *Kriege* und ihre wirtschaftlichen Folgewirkungen Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur hervorgerufen werden. Schließlich sind es *rechtliche* bzw. sich heraus ergebende ver-

<sup>11</sup> Mit dieser Einschränkung ist wohl auch der von *J. Tinbergen* (*Suggestions on Quantitative Business Cycle Theory*, Ecm., vol. 3, 1935, pg. 241) angegebenen Charakterisierung *exogen* bedingter Veränderungen zuzustimmen, der als solche alle Veränderungen ansieht, bei denen eine Veränderung der Daten vorliegt.

waltungswirtschaftliche Einflüsse, durch die Veränderungen struktureller Art bedingt sein können. Im besonderen kann zu diesen drei grundsätzlichen Einwirkungsmöglichkeiten noch kurz folgendes gesagt werden:

Von technisch bedingten Veränderungen im wirtschaftlichen Ablaufe kann immer dann gesprochen werden, wenn das Erzeugungsverfahren durch Einführung neuer Erfindungen eine mehr oder weniger grundsätzliche Veränderung erfährt, die regelmäßig eine Verbesserung der technischen Produktivität bedingt. Diese ist aber nicht — wie bei endogen bedingten Veränderungen im wirtschaftlichen Ablaufe — der Ausdruck einer verbesserten Kombination der Produktionsfaktoren und der sich hieraus ergebenden Kostendegression infolge einer Ausdehnung im Umfange der Erzeugung, sondern sie ist das Ergebnis einer Veränderung des Erzeugungsverfahrens als Ausdruck einer Veränderung der Grenzergiebigkeit des Kapitals.

Die durch einen Krieg und seine wirtschaftlichen Folgewirkungen verursachten strukturellen Veränderungen im wirtschaftlichen Ablaufe sind dadurch charakterisiert, daß entweder durch den Krieg selber eine zur Störung des organischen Verhältnisses der Produktionsfaktoren führende Vernichtung oder Minderung eines Produktionsfaktors stattfindet, oder aber, daß durch gewaltsame Verschiebung eines oder mehrerer Produktionsfaktoren durch die Bestimmungen des „Friedens“vertrages eine Störung des organischen Verhältnisses der Produktionsfaktoren eintritt, die für den Sieger die gleichen oder aber auch schwerere Folgen haben kann als für den Besiegten, obgleich der gewünschte Zweck naturgemäß ein anderer ist.

Rechtliche oder verwaltungswirtschaftlich bedingte Veränderungen in der Struktur des wirtschaftlichen Ablaufes werden immer dann vorliegen, wenn das wirtschaftliche Kreislaufgeschehen durch Lenkungsmaßnahmen — insbesondere solche direkter Art<sup>12</sup> — beeinflußt oder gestaltet wird. Das wird insbesondere dann auch zu Störungen im wirtschaftlichen Ablaufe führen, wenn die Lenkungsmaßnahmen Ausdruck einer außerwirtschaftlichen Zielsetzung sind, durch die der wirtschaftliche Ablauf von seiner „natürlichen“ Entwicklung mehr oder weniger ausgesprochen abgelenkt wird, wie das regelmäßig im Rahmen einer zentralverwaltungswirtschaftlichen Ordnungsform der Fall sein wird.

Betrachten wir nun die durch exogen bedingte Über- bzw. Unteroptimalität der einzelnen Produktionsfaktoren im wirtschaftlichen Ab-

---

<sup>12</sup> Vgl. hierzu auch A. Forstmann: Geld und Kredit, Bd. 2, a. a. O., S. 532 ff.

laufe jeweils bedingten Veränderungen unter Berücksichtigung der hierbei auftretenden grundsätzlichen Wirkungen, jedoch ohne dabei zunächst die jeweils besondere Art der Verursachung einer näheren Prüfung zu unterziehen, so läßt sich hierzu kurz folgendes sagen:

Untersuchen wir zunächst exogen bedingte Veränderungen im Umfange des Produktionsfaktors „Arbeit“, deren besondere Bedeutung darin liegt, daß durch sie einmal die Grenzergiebigkeit des Produktionsfaktors „Boden“ ebenfalls eine Veränderung erfährt und hierdurch weiter auch die nachgefragte Erzeugungsmenge entsprechend beeinflusst wird. Eine solche Veränderung im Umfange des Produktionsfaktors „Arbeit“ kommt in einer Veränderung im Umfange der Bevölkerung und damit auch in der Größe der Bevölkerungsdichte zum Ausdruck.

Eine Steigerung im Umfange der Bevölkerung (und damit auch der Bevölkerungsdichte), wie sie bei exogener Verursachung durch eine zwangsweise Umsiedlung bedingt ist, führt — *ceteris paribus* — zu einer Nachfragesteigerung und damit auch zu einer Steigerung der Grenzergiebigkeit des Produktionsfaktors „Boden“. Das wird nur dann und nur insoweit nicht zu Störungen im wirtschaftlichen Ablaufe führen, wenn die nationalen Produktivkräfte (unabhängig davon, ob die bisher eingesetzten Produktivkräfte — unter Berücksichtigung der wirtschaftlich legitimen Erzeugungsmenge — optimal kombiniert waren) bisher noch nicht insgesamt optimal ausgenutzt waren, sondern erst durch diese exogen bedingte Veränderung wirtschaftlich ausgenutzt werden können. In einem solchen Falle können sogar die Wirkungen der exogen bedingten Veränderung sich in einer Steigerung des Lebensstandards und des Volkswohlstands auswirken. In einem solchen Falle wird also erst durch die exogen bedingten Veränderungen eine optimale Ausnutzung der nationalen Produktivkräfte, d. h. eine optimale Ausnutzung nicht nur der bisher eingesetzten, sondern aller verfügbaren Produktionsfaktoren möglich.

Tritt aber durch eine exogen bedingte Veränderung eine Über- oder aber eine Unteroptimalität des Produktionsfaktors „Arbeit“ ein, so ist ein Ausgleich nur dadurch möglich, daß im Falle der Unteroptimalität entweder ein entsprechender Ausführüberschuß — bzw. die Verminderung eines bestehenden Einfuhrüberschusses — erreicht wird, oder aber daß eine Steigerung der realen Entlohnung möglich ist. Demgegenüber muß im Falle der Überoptimalität ein entsprechender Einfuhrüberschuß — bzw. die Minderung eines bisher bestehenden Ausführüberschusses — oder aber eine Senkung der realen Entlohnung erreicht werden. Ist ein solcher Ausgleich nicht möglich, so ist in beiden Fällen — also sowohl im Falle der Über- wie auch in dem der Unter-

optimalität — Arbeitslosigkeit die Folge, soweit nicht im Falle der exogen bedingten Steigerung eine Überoptimalität durch Heranziehung bisher nicht ausgenutzter Produktionsfaktoren, insbesondere des Produktionsfaktors „Boden“ möglich ist.

Die hinsichtlich des Zusammenhanges zwischen Produktionsstruktur und Lebensstandard angegebenen Bedingtheiten sind von besonderer Wichtigkeit auch für den Vergleich verschiedener Volkswirtschaften. Sie zeigen, daß, ganz allgemein, Volkswirtschaften mit ausgesprochen günstigen natürlichen Erzeugungsbedingungen einen ausreichend hohen Lebensstandard erfordern, soweit diese nicht durch einen entsprechenden Ausfuhrüberschuß wirtschaftlich ausgenutzt werden können, während Volkswirtschaften mit ausgesprochen ungünstigen natürlichen Erzeugungsbedingungen einen entsprechend niedrigen Lebensstandard aufweisen müssen, soweit ein Ausgleich nicht durch einen entsprechenden Einfuhrüberschuß herbeigeführt werden kann<sup>13</sup>. Jedoch ist ein solcher Ausgleich durch unterschiedliche reale Entlohnung auch nur innerhalb bestimmter Grenzen möglich. Im besonderen ist die Frage der Produktionsbedingungen eine solche der Bevölkerungsdichte insofern, als — *ceteris paribus* — die Erzeugungsbedingungen sich um so mehr verschlechtern, je mehr die Bevölkerungsdichte wächst.

Allgemein kann gesagt werden, daß der mögliche bzw. notwendige Lebensstandard eine Frage der jeweiligen konkreten Gegebenheiten und insbesondere der Güte der jeweiligen Erzeugungsbedingungen ist, die im besonderen eine Funktion der Bevölkerungsdichte sind. Daher ist es auch — was die „Praktiker“ und „Politiker“ vielfach anzunehmen scheinen — völlig abwegig, zu glauben, man könnte den Lebensstandard unabhängig von den jeweiligen konkreten Gegebenheiten beliebig gestalten. Eine solche Steigerung ist grundsätzlich unmöglich, wenn unter abnehmendem Ertragszuwachs produziert wird, — soweit nicht ein Aus-

---

<sup>13</sup> Es entspricht dem Sinne der hier grundsätzlich bestehenden Zusammenhänge und Bedingtheiten, wenn G. Haberler (Der internationale Handel, Berlin 1933, S. 103) darauf hinweist, „daß in dem Land, das die günstigeren Produktionsbedingungen aufweist, die Löhne oder allgemein, die Einkommen höher sein müssen“ als in Ländern mit ungünstigeren Produktionsbedingungen. Von Wichtigkeit ist diese Tatsache auch mit Rücksicht darauf, daß ihre Nichterkenntnis oft zu irrigen Schutzollargumenten Veranlassung gibt. Wie G. Haberler (ebenda) ausführt, klingt es ja „für den Laien ungemein überzeugend, daß die amerikanische Industrie ohne hohe Zölle gegen die viel niedrigere Löhne zahlende europäische Industrie nicht aufkommen könnte und der hohe Lebensstandard sich nur hinter hohen Zollmauern erhalten lasse. In Wahrheit ist der hohe Lebensstandard eine Folge der günstigen Produktionsbedingungen und schließt einen vorteilhaften Verkehr mit der übrigen Welt keineswegs aus“.

gleich auf exogene Weise erreicht werden kann, durch die eine Verbesserung in der Kombination der Produktionsfaktoren erreichbar ist<sup>14</sup>.

Über diese naturnotwendigen Bedingtheiten sollte man sich auch durch gewisse exogen bedingte Ausnahmeerscheinungen nicht hinwegtäuschen lassen, weil man diese für Ergebnisse einer „normalen“, also endogen bedingten wirtschaftlichen Entwicklung hält und in ihnen sogar noch einen „Beweis“ einer besonders zweckmäßigen Wirtschaftspolitik glaubt sehen zu können<sup>15</sup>.

Die grundsätzlich gleichen Wirkungen, wie sie durch Veränderungen im Umfange der verfügbaren Menge des Produktionsfaktors „Arbeit“ auf den wirtschaftlichen Ablauf hervorgerufen werden, werden auch durch entsprechende exogen bedingte Veränderungen im Umfange der verfügbaren Menge der Produktionsfaktoren „Kapital“ und „Boden“ induziert werden. Es handelt sich auch im vorliegenden Falle um die Frage, ob durch die exogen bedingten Veränderungen eines der beiden genannten Produktionsfaktoren eine Über- oder aber Unteroptimalität dieses Produktionsfaktors verursacht wird, oder aber ob hierdurch eine bestehende Über- oder Unteroptimalität beseitigt wird.

Überoptimalität eines Produktionsfaktors liegt — um das hier nochmals und etwas ausführlicher zu sagen — immer dann vor, wenn bei Volleinsatz des betreffenden Produktionsfaktors die Erzeugungsmenge den Bedarf ihrer Produktionsfaktoren überschreitet<sup>16</sup>, so daß eine wirtschaftliche Ausnutzung der nationalen Produktivkräfte nur auf dem Wege eines entsprechenden Ausführüberschusses erreichbar ist.

Dementsprechend liegt Unteroptimalität eines Produktionsfaktors immer dann vor, wenn bei Volleinsatz der verfüg-

<sup>14</sup> Vgl. hierzu auch A. Forstmann: Versuch einer allgemeinen Theorie der Alimentierung, Schm. Jb., Bd. 71, 1951.

<sup>15</sup> So muß man sich beispielsweise darüber im klaren sein, daß Beschäftigungsumfang, Lebensstandard usw., wie er z. Z. in Westdeutschland besteht, nichts anderes ist als der Ausdruck einer passiven Alimentierung, die insofern als exogener Verursachung bezeichnet werden muß, als die hierfür erforderlichen Voraussetzungen, wie sie im Marshall-Plan zum Ausdruck kommen, nicht das Ergebnis endogener Bedingtheiten, sondern lediglich der Ausdruck exogen bedingter Subventionen sind; — soweit nämlich, als sie unentgeltlich erfolgen; und allein insofern sind sie auch — wenigstens relativ — gesund.

<sup>16</sup> Man könnte hier vielleicht mit J. M. Keynes (Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, dtsh. v. F. Waeger, München und Leipzig 1936, S. 24) auch sagen, daß der Überschuß der Erzeugung über den Bedarf ihrer Produktionsfaktoren „genau gleich ist dem Überschuß des gesamten Angebotspreises der Produktion, der von Vollbeschäftigung herrührt, über die Menge, die die Bevölkerung bereit ist, zu verbrauchen, wenn sie vollbeschäftigt ist“.



haren Produktionsfaktoren die Erzeugungsmenge den Bedarf ihrer Produktionsfaktoren unterschreitet, so daß ein Ausgleich nur auf dem Wege eines Einfuhrüberschusses des betreffenden Produktionsfaktors möglich ist<sup>17</sup>.

Allgemein kann hier gesagt werden, daß eine jede Über- oder Unteroptimalität der genannten Produktionsfaktoren — *ceteris paribus* — Arbeitslosigkeit im Ausmaße der jeweiligen Über- oder Unteroptimalität induziert, die nur durch eine jeweils entsprechende — praktisch allerdings begrenzte — Veränderung des Reallohnes und damit des Lebensstandards möglich ist, derart, daß im Falle einer Überoptimalität der Reallohn und damit der Lebensstandard entsprechend zu erhöhen und im Falle der Unteroptimalität entsprechend zu reduzieren ist, wie das ja auch den bereits angegebenen Ausführungen G. Haberlers entspricht<sup>18</sup>.

Damit beantwortet sich aber auch die so häufig diskutierte Frage — deren Verständnis namentlich den sogenannten „Politikern“ vielfach unüberwindliche Schwierigkeiten zu bereiten scheint —, ob man zur Steigerung des Erzeugungsumfanges und damit auch des Umfanges der Beschäftigung die Löhne erhöhen soll, um auf diese Weise eine Steigerung der „Kaufkraft“ zu erreichen, oder ob man die Löhne senken soll, um dadurch eine Senkung der Erzeugungskosten mit der Folge billigerer Preise zu ermöglichen<sup>18a</sup>. Die jeweils mögliche Alternative ist nämlich strukturbedingt insofern, als im Falle einer Überoptimalität eines der beiden Produktionsfaktoren eine Steigerung, bei einer Unteroptimalität hingegen eine Senkung der Reallöhne und damit des Lebensstandards erforderlich ist, um die Grenzergiebigkeit des Produktions-

---

<sup>17</sup> Vgl. hierzu und zu folgendem auch A. Forstmann: Zur Frage der Erneuerung der Außenwirtschaftstheorie und ihres Einbaues in die allgemeine volkswirtschaftliche Theorie, Jb. f. N. u. St., Bd. 163, 1951; siehe auch derselbe: Versuch einer allgemeinen Theorie der Alimentierung, a. a. O.; siehe weiter auch derselbe: Der Kampf um den internationalen Handel, a. a. O.; derselbe: Zur außenwirtschaftlichen Nachkriegsproblematik, a. a. O.

<sup>18</sup> Vgl. hierzu auch S. 44 Anm. 14.

<sup>18a</sup> Die hier bestehenden Unklarheiten kommen beispielsweise auch in dem von J. M. Clark im Jahre 1949 erstatteten UNO-Gutachten (International Measures for Full Employment) zum Ausdruck, in dem es heißt (Ebenda, pg. 101), daß „weder steigende noch sinkende Löhne ... von vornherein als ein sicheres Mittel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit angesehen werden können“.

Auf die im vorliegenden Zusammenhange bestehenden Unklarheiten weist auch Th. Wilson (Fluctuations in Income and Employment), 3rd ed., London 1948, pg. 70 hin, wenn er ausführt, daß „das allgemeine Ergebnis der Diskussion [über diese Fragen] ... niederschmetternd [sei], weil es mit Rücksicht auf diese große Zahl möglicher Wirkungen in praxi äußerst schwer ist, zu entscheiden, ob Lohnsenkungen vorteilhaft sind oder nicht.“

faktors „Arbeit“ den tatsächlichen Gegebenheiten anzugleichen. Die Ansicht vieler — um nicht zu sagen der meisten — „Politiker“, man könnte den Lebensstandard beliebig — d. h. insbesondere unabhängig von den jeweiligen konkreten Gegebenheiten — gestalten, ist daher ein frommer Mythos.

Im Falle einer Überoptimalität des Produktionsfaktors „Kapital“ setzt ein außerwirtschaftlicher Ausgleich einen Ausfuhrüberschuß dieses Produktionsfaktors voraus, der sich güterwirtschaftlich in der Form der Kapitalgüterausfuhr vollzieht (werdendes Gläubigerland), während die Überoptimalität des Produktionsfaktors „Boden“ einen Ausfuhrüberschuß dieses Produktionsfaktors erfordert, der güterwirtschaftlich in Form einer entsprechenden Ausfuhr von Bodenprodukten erfolgt (definitives Schuldnerland). Solche Ausgleichsmöglichkeiten überoptimal vorhandener Produktionsfaktoren setzen naturgemäß entsprechende Unteroptimalitäten voraus, derart, daß ein Kapitalgüterausfuhrüberschuß nur möglich ist, wenn in einer anderen Volkswirtschaft eine entsprechende Unteroptimalität des Produktionsfaktors „Kapital“ besteht (werdendes Schuldnerland), während der Ausgleich einer Überoptimalität des Produktionsfaktors „Boden“ auf dem Wege eines Ausfuhrüberschusses an Bodenprodukten eine entsprechende Unteroptimalität dieses Produktionsfaktors in anderen Volkswirtschaften voraussetzt (definitives Gläubigerland).

Werden also solche Über- oder Unteroptimalitäten durch Einflüsse exogener Art verursacht derart, daß „Ausfuhrüberschußländern“ die Voraussetzungen zur Realisierung eines entsprechenden Ausfuhrüberschusses und „Einfuhrüberschußländern“ die Möglichkeiten zur Erzielung eines entsprechenden Einfuhrüberschusses genommen werden, so wird hierdurch in beiden Fällen eine kontraktive wirtschaftliche Entwicklung verursacht, die naturgemäß — angesichts der allgemeinen außenwirtschaftlichen Interdependenzzusammenhänge — nicht auf die betreffenden Länder beschränkt bleibt.

Werden aber umgekehrt — ebenfalls durch exogene Einflüsse — erst die außenwirtschaftlichen Ausgleichsmöglichkeiten für jeweils bestehende Über- oder Unteroptimalitäten geschaffen, wird also im Falle einer Überoptimalität die Voraussetzung für einen entsprechenden Ausfuhrüberschuß und im Falle der Unteroptimalität, die für einen entsprechenden Einfuhrüberschuß geschaffen (wobei natürlich die Voraussetzungen eines korrespondierenden Ausgleichs gegeben sein müssen), so führt das zu einer allgemeinen expansiven wirtschaftlichen Entwicklung, die dann ebenfalls — mit Rücksicht auf die allgemeinen außenwirtschaftlichen Interdependenz-

zusammenhänge — nicht auf die jeweils unmittelbar betroffenen Volkswirtschaften beschränkt bleibt.

Betrachten wir nun die allgemeinen Einflußmöglichkeiten und Einflüsse exogener Verursachung vom Gesichtspunkte der praktisch grundsätzlich möglichen Arten exogener Bedingtheiten, so läßt sich folgen-  
des sagen:

**T e c h n i s c h e V e r ä n d e r u n g e n**, durch die das Erzeugungsverfahren eine grundsätzliche Umgestaltung erfährt (und zwar in Richtung auf eine allgemeine Steigerung der technischen Produktivität), führen zu einer Überoptimalität des Produktionsfaktors „Kapital“<sup>19</sup>. Dieser Fall ist typisch realisiert durch jene allgemeine Technisierung und Rationalisierung des Erzeugungsverfahrens der alten europäischen Volkswirtschaften, wie sie infolge der Vielzahl neuer Erfindungen durchgeführt wurden, die besonders um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert gemacht wurden<sup>20</sup>. Infolge der hierdurch verursachten allgemeinen Steigerung der technischen Produktivität in allen Erzeugungsarten mußte die Aufrechterhaltung des bisherigen Beschäftigungsumfanges zu einer Steigerung der Erzeugungsmenge führen, die die zur Befriedigung des volkswirtschaftlichen Bedarfs erforderliche Menge bei weitem überstieg. Daraus mußte sich naturgemäß eine Arbeitslosigkeit ergeben, die um so ausgesprochener sein mußte, je stärker die Steigerung der technischen Produktivität und je geringer die damit verbundene Steigerung des Reallohnes war. Diese Arbeitslosigkeit mußte solange dauern, bis der bei Vollbeschäftigung bestehende Überschuß der Erzeugung über den Bedarf ihrer Produktionsfaktoren auf dem Wege des Ausfuhrüberschusses — im vorliegenden Falle also auf dem Wege einer entsprechenden Kapitalausfuhr — an andere Volkswirtschaften abgesetzt werden konnte.

Diese hier erforderlichen außenwirtschaftlichen Ausgleichsmöglich-

---

<sup>19</sup> Eine ganz besondere Bedeutung mißt J. Å k e r m a n (Das Problem der wirtschaftlichen Entwicklung, Z. f. d. g. Stw., Bd. 105, 1951, S. 578) dem Einfluß der Technik auf die wirtschaftliche Entwicklung bei. Seiner Ansicht nach ist „die Entfaltung der Technik . . . die einzige ganz autonome Kraft, welcher alle anderen Faktoren der Gesellschaft sich anpassen müssen. Das grundlegende Datum des wirtschaftlichen Wachstums ist also nicht eine wirtschaftliche Erscheinung, sondern eine naturwissenschaftlich-technische. Man kann deshalb sagen, daß das Wirtschaftsleben des Industrialismus vor allem als eine allmählich immer schwieriger werdende, von Krisen unterbrochene Anpassung an die technische Entwicklung verstanden werden kann“. Hierbei ist aber weiter auch — wie noch zu zeigen sein wird — die Gestaltung des Bevölkerungsumfanges bzw. der Bevölkerungsdichte von bestimmender Wichtigkeit.

<sup>20</sup> Vgl hierzu und zu folgendem auch A. F o r s t m a n n: Zur Frage der Erneuerung der Außenwirtschaftstheorie und ihres Einbaus in die allgemeine volkswirtschaftliche Theorie, a. a. O.

keiten waren nun aber glücklicherweise gegeben und zwar dadurch, daß die jungen überseeischen Länder, die auf Grund der (ebenfalls durch den Fortschritt der Technik bedingten) verbesserten Verkehrsverhältnisse den alten Ländern verkehrstechnisch nahe gerückt wurden. Sie, die über ein Übermaß an dem — allerdings nicht ausgenutzten — Produktionsfaktor „Boden“ verfügten, benötigten zu dessen Aufschließung des Produktionsfaktors „Kapital“ auf dem Wege des Einfuhrüberschusses, da sie einen Gegenwert hierfür vorläufig noch nicht zu bieten vermochten. Diese außenwirtschaftliche Bewegung des Produktionsfaktors „Kapital“ ergab sich im Rahmen der natürlichen Tendenz zur optimalen Kombination der Produktionsfaktoren durch das außenwirtschaftliche Gefälle der relativen Grenzergiebigkeiten, d. h. dadurch, daß die Grenzergiebigkeit des Produktionsfaktors „Kapital“ in den alten Ländern niedrig und in den neuen Ländern hoch war.

Durch diese technisch, also exogen bedingten Veränderungen in den wirtschaftlichen Strukturverhältnissen wurde also deshalb eine wirtschaftlich expansive und damit erwünschte Wirkung erzielt, weil hier ein Ausgleich der bestehenden Über- bzw. Unteroptimalitäten auf natürliche Weise möglich war, wie das auch aus den sich hieraus schließlich ergebenden Konsequenzen erkennbar ist.

Die Aufschließung der überseeischen Länder mußte naturgemäß zu einer Überoptimalität des Produktionsfaktors „Boden“ führen, die ebenfalls nur dadurch ohne Verschlechterung in der Ausnutzung der nationalen Produktivkräfte ausgeglichen werden kann, daß der Überschuß der Erzeugung über den Bedarf ihrer Produktionsfaktoren als Ausfuhrüberschuß an andere Volkswirtschaften abgesetzt werden kann, wobei dieser Ausfuhrüberschuß aus Bodenprodukten besteht. Die Voraussetzung für einen solchen Ausgleich liegt darin, daß diese Länder auf Grund ihrer früheren Kapitaleinfuhren Zinsen zu zahlen haben. Die Möglichkeit, diese Zinsleistungen auch güterwirtschaftlich (und zwar in der hier allein in Frage stehenden Form von Bodenprodukten) effektuieren zu können, liegt darin, daß infolge der zunehmenden Bevölkerungsdichte in den Ländern, die früher die Kapitalausfuhr betrieben, also nunmehr Zinsen zu empfangen haben, der Produktionsfaktor „Boden“ infolge der gestiegenen Bevölkerungsdichte unteroptimal geworden ist.

Auch diese Entwicklung entspricht den „natürlichen“ wirtschaftlichen Verhältnissen und führt daher zu der erwünschten größtmöglichen wirtschaftlichen Ausnutzung der nationalen Produktivkräfte, allerdings nur insoweit, als einmal der Überschuß der Bodenprodukte über den Bedarf ihrer Produktionsfaktoren in dem leistungspflichtigen Lande dem Unterschuß des Bedarfs in dem empfangsberechtigten

Lande und zum anderen der Wert dieses Überschusses dem Betrag der zu leistenden Zinszahlungen entspricht<sup>21</sup>.

Diese mehr oder weniger als organisch anzusprechenden Zusammenhänge und Bedingtheiten (auch wenn sie ursprünglich exogen bedingt sind) können durch einen Krieg und seine wirtschaftlichen Folgewirkungen mehr oder weniger schweren Störungen ausgesetzt sein, wenn hierdurch der natürliche Ausgleich der bestehenden Über- bzw. Unteroptimalitäten, wie er seinen Ausdruck in den entsprechenden „einseitigen Wertübertragungen“ findet, beseitigt wird und hierdurch die bisher ausgeglichenen Über- bzw. Unteroptimalitäten wieder virulent werden. Dieser Fall ist ebenfalls typisch realisiert, und zwar bereits durch die Ergebnisse des ersten Weltkrieges. Das beruht auf folgenden Tatsachen:

Durch den Krieg und den nachfolgenden Friedensvertrag waren die Vereinigten Staaten aus einem natürlichen Schuldnerland zu einem künstlichen Gläubigerland geworden, während die europäischen Staaten und insbesondere auch Deutschland aus natürlichen Gläubigerländern zu künstlichen Schuldnerländern geworden waren. Die Vereinigten Staaten hatten also die Möglichkeit für eine wirtschaftliche Ausnutzung ihrer nationalen Produktivkräfte dadurch verloren, daß sie keine Zinszahlungen mehr durchführen konnten, die der Finanzierung jenes Ausfuhrüberschusses dienten, der die integrierende Voraussetzung zur wirtschaftlichen Ausnutzung ihrer nationalen Produktivkräfte war. Den europäischen Staaten aber war die Möglichkeit ausreichenden Warenbezuges aus den Vereinigten Staaten dadurch genommen, daß sie ihren Kapitalanteil in den Vereinigten Staaten verloren hatten, aus dessen Zinseinnahmen sie die erforderlichen Einfuhrüberschüsse hätten bezahlen können. Auf dem Wege des Autausches war aber dies Problem nicht zu lösen, da ja die Vereinigten Staaten keine ausgeglichene, sondern eine aktive Handelsbilanz benötigten, um ihre nationalen Produktivkräfte ausnutzen zu können, während die europäischen Staaten, und hier insbesondere auch Deutschland, aus den gleichen Gründen eine passive Handelsbilanz benötigten.

Zwar konnten die sich aus den angegebenen anorganischen Strukturwandlungen exogener Bedingtheit ergebenden Folgen zunächst zeitlich dadurch verschoben werden, daß die Vereinigten Staaten den euro-

---

<sup>21</sup> Diese Tatsache zeigt auch, daß Aufschließungsinvestitionen nicht zu einem festen, sondern zu einem sich den tatsächlichen Verhältnissen anpassenden veränderlichen Zinssatze gewährt werden sollten. Wir stimmen daher hier auch dem Vorschlage von A. L o v e d a y (Financial Organisation and the Price Level, in: Economic Essays in Honour of Gustav Cassel, London 1933, pg. 417 f) zu, eine besondere Art von bevorzugten Obligationen zu schaffen, deren Verzinsung sich der Veränderung der Erträge anpaßt, wie dies beispielsweise bei Aktien der Fall ist.

päischen Ländern entsprechende Kredite gewährten, die nunmehr an die Stelle der früheren Zinszahlungen traten. Hierdurch wurde sowohl den Vereinigten Staaten die Realisierung eines entsprechenden A u s f u h r ü b e r s c h u s s e s (und damit auch einer wirtschaftlichen Ausnutzung ihrer nationalen Produktivkräfte) wie auch den europäischen Staaten die Realisierung eines entsprechenden E i n f u h r ü b e r s c h u s s e s (mit analogen innerwirtschaftlichen Wirkungen) ermöglicht. Eine endgültige und damit tatsächliche Besserung konnte hiermit aber deshalb nicht erreicht werden, weil die an die Stelle der früheren Zinszahlungen tretenden Kredite nicht — wie dies angesichts der hier vorliegenden „konsumtiven“ Alimentierung erforderlich gewesen wäre — d e f i n i t i v - u n e n t g e l t l i c h , sondern weil sie d e f i n i t i v - e n t g e l t l i c h waren, wie das nur bei einer „produktiven“ Alimentierung wirtschaftlich legitim ist <sup>22</sup>.

Es konnte daher auch für den die bestehenden Zusammenhänge und Bedingtheiten Durchschauenden nicht wundernehmen, daß die soviel bestaunte sogenannte „Prosperity-Periode“ in dem Augenblick zusammenbrechen und von einer chronischen Depression abgelöst werden mußte, in dem die Voraussetzungen dieser künstlichen Alimentierungsfunktionen „einseitiger Wertübertragungen“ in Wegfall kamen, in dem also der Kreditstrom aufhörte und die Vereinigten Staaten die Rückzahlung dieser Kredite verlangten. Die sogenannte „Weltwirtschaftskrise“ war also keinesfalls das Ergebnis einer grundsätzlich konjunkturellen Entwicklung — wenn auch besonderen Ausmaßes —, durch die die voraufgegangene „Prosperity-Periode“ abgeschlossen wurde, sondern beide Erscheinungen waren das Ergebnis exogen bedingter Veränderungen. Diese beruhten im Falle der „Prosperity-Periode“ darauf, daß man versucht hatte, die natürliche Alimentierungsfunktionen durch künstliche zu ersetzen; und sie hatten im Falle der Weltwirtschaftskrise ihre Ursache darin, daß sich in ihr erst die durch den Krieg und seine wirtschaftlichen Folgewirkungen bedingten strukturellen Diskrepanzen, d. h. die Effektivierung der exogen bedingten Aufhebung des Ausgleichs der bestehenden Über- bzw. Unteroptimalitäten der relevanten Produktionsfaktoren zeigten.

Ein anderer Ausgang des Krieges hätte naturgemäß — von allen außerwirtschaftlichen Tatbeständen einmal abgesehen — zu einem anderen Ergebnis geführt. Hätten nämlich die Vereinigten Staaten den Krieg verloren und wären sie durch einen Friedensvertrag zu entsprechenden Leistungen zugunsten der europäischen Staaten verpflichtet worden, so hätten sie ihren Erzeugungsumfang noch erheblich aus-

---

<sup>22</sup> Vgl hierzu auch A. F o r s t m a n n : Versuch einer allgemeinen Theorie der Alimentierung, a. a. O.

dehnen und dabei eine Kostenersparnis infolge Kostendegression erzielen können, aus der sie — bei nicht zu übermäßigen Belastungen — nicht nur ihre exogenen Verpflichtungen erfüllen, sondern sogar selbst noch eine Steigerung ihres Wohlstandes herbeiführen können<sup>23</sup>. Dabei hätten die europäischen Staaten mit Rücksicht auf ihre passive Alimentierungsbedürftigkeit hieraus gleichfalls insofern Nutzen ziehen können, als sie erst hierdurch ihre nationalen Produktivkräfte bei gestiegenem Lebensstandard wirtschaftlich hätten ausnutzen können.

Die angegebenen Tatsachen lassen erkennen, daß die wirtschaftlichen Folgewirkungen eines Krieges davon abhängig sind, welchen Strukturtyp der Sieger und welchen der Besiegte hat, derart, daß eine wirtschaftlich erwünschte expansive Wirkung immer dann eintreten wird, wenn der Sieger ein „Einfuhrüberschußland“ und der Besiegte ein „Ausfuhrüberschußland“ ist und hierbei die Belastung des Besiegten sich in solchen Grenzen hält, daß hierdurch erst eine wirtschaftliche Ausnutzung der nationalen Produktivkräfte ermöglicht wird. Die wirtschaftlichen Folgewirkungen eines Krieges werden also grundsätzlich durch die durch ihn verursachten Strukturverhältnisse und erst in deren Rahmen durch quantitative Momente bestimmt.

Es sei hier noch kurz festgestellt, daß im Falle von durch einen Krieg und seine wirtschaftlichen Folgewirkungen verursachten strukturellen Diskrepanzen nur bei Überoptimalität eines Produktionsfaktors, d. h. nur im Falle einer aktiven Alimentierungsfähigkeit, die bisherigen natürlichen außenwirtschaftlichen Alimentierungen durch eine innerwirtschaftliche Alimentierung ersetzt werden kann. Diese ist aber im Falle einer passiven Alimentierungsabhängigkeit nur im Rahmen jener Senkung des Lebensstandards möglich, die — insbesondere unter Berücksichtigung des Existenzminimums — volkswirtschaftlich noch vertretbar ist<sup>24</sup>.

Die dritte grundsätzliche Möglichkeit exogen bedingter Strukturwandlungen liegt, wie bereits ausgeführt wurde, in der Anwendung von Lenkungsmaßnahmen insbesondere zentralverwaltungswirtschaftlicher Art, also von direkten Lenkungs-

---

<sup>23</sup> Nur in diesem Falle ist auch die von J. M. Keynes (Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, a. a. O., S. 110) vertretene Meinung zutreffend, daß auch „das Bauen von Pyramiden, Erdbeben, selbst Kriege ... dazu dienen [mögen], den Reichtum zu vermehren“.

<sup>24</sup> Vgl. hierzu auch A. Forstmann: Versuch einer allgemeinen Theorie der Alimentierung, a. a. O., insbes. S. 711 ff.

maßnahmen<sup>25</sup>. Solche Lenkungsmaßnahmen werden grundsätzlich immer dann in Anwendung kommen, wenn man entweder den wirtschaftlichen Ablauf in einem von der natürlichen Entwicklung abweichenden Sinne beeinflussen will oder aber wenn durch exogene Einflüsse die natürliche Struktur des wirtschaftlichen Ablaufes mehr oder weniger gestört ist. In beiden Fällen wird sich ein Übergang zur zentralverwaltungswirtschaftlichen Ordnungsform um so weniger vermeiden lassen, je unnatürlicher sich der wirtschaftliche Ablauf vollziehen soll bzw. je stärker die natürlichen Strukturverhältnisse durch exogene Einwirkungen gestört sind.

Der erstgenannte Fall einer von der „natürlichen“ wirtschaftlichen Entwicklung abweichenden und durch Lenkungsmaßnahmen zentralverwaltungswirtschaftlicher Art erzwungenen Gestaltung des wirtschaftlichen Ablaufes liegt beispielsweise dann vor, wenn ein Land mit natürlichen günstigen Erzeugungsbedingungen versucht, diese ohne ausländische Kapitalhilfe aufschließen zu wollen. Die Notwendigkeit zur Anwendung zentralverwaltungswirtschaftlicher Maßnahmen ergibt sich hier besonders aus der Tatsache, daß die benötigten „Kapitalien“, d. h. hier vor allem die Alimentierungsmittel der Produktionsfaktoren der Realinvestierungen aus der eigenen Wirtschaft erhalten werden sollen. Das aber ist nur dadurch möglich, daß entsprechende Ersparnisse der Produktionsfaktoren der Verbrauchsgütererzeugung verfügbar gemacht werden, und diese sind in dem erforderlichen Umfange nur durch eine Senkung des Lebensstandards zu gewinnen. Die durch Anwendung des zentralverwaltungswirtschaftlichen Prinzips zu erzwingende Senkung des Lebensstandards wird um so größer sein müssen, je größer der Umfang der Selbstaufschließung pro Zeiteinheit ist. Auf diese Weise wird also der Einfluß der unzureichenden Verfügungsmöglichkeit über den Produktionsfaktor „Kapital“ — die natürlich ebenfalls das erwünschte Ergebnis zentralverwaltungswirtschaftlicher Maßnahmen ist — und der sich hieraus ergebenden hohen Grenzergebnigkeit dieses Produktionsfaktors durch die durch die Reduktion des Lebensstandards erzwungene Senkung der Grenzergebnigkeit des Produktionsfaktors „Arbeit“ ausgeglichen. Aus diesem Grunde ergibt sich auch die Anwendung zentralverwaltungswirtschaftlicher Maßnahmen im Verbrauchssektor, die angewandt werden müssen, um angesichts der durch den Umfang der Realinvestierungen bedingten Verknappung von — insbesondere lebensnotwendigen — Verbrauchsgütern wenigstens eine einigermaßen gerechte Verteilung zu erreichen, und zwar — wenn schon nicht aus sozialen Gründen — um wenigstens die exogen bedingten Ziele erreichen zu können. Eine Besserung ist hier, *ceteris paribus*, nur

---

<sup>25</sup> Siehe hierzu A. Forstmann: Geld und Kredit, Bd. 2, a. a. O., S. 532 ff.



in dem Maße möglich, in dem es gelingt, die technische Produktivität insbesondere auch im Sektor der Verbrauchsgütererzeugung zu steigern.

Die Gefahr solcher zentralverwaltungswirtschaftlichen — also exogen bedingten — Eingriffe in die natürliche wirtschaftliche Entwicklung liegt zunächst einmal (d. h. insbesondere für die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung) darin, daß der Zentralverwaltungswirtschaft jene natürliche ex-ante-Ausrichtung fehlt<sup>26</sup>, die in der marktwirtschaftlichen Ordnungsform die bestmögliche Garantie für eine optimale Bedürfnisbefriedigung bietet<sup>27</sup>, die ja das eigentliche Ziel eines jeden als „wirtschaftlich“ zu bezeichnenden Handelns ist. Das erscheint insofern paradox, als es ja gerade die Vertreter des zentralverwaltungswirtschaftlichen Prinzips sind, die behaupten, daß die bestmögliche Bedürfnisbefriedigung sich nur im Rahmen dieses Prinzips realisieren lasse, was in der Tat aber deshalb nicht der Fall ist, weil diesem Prinzip die hierzu erforderlichen Voraussetzungen fehlen<sup>28</sup>; ganz abgesehen davon, daß — insbesondere angesichts einer exogenen Zielsetzung der zentralverwaltungswirtschaftlichen Maßnahmen — vielfach auch der Wille zur optimalen Bedürfnisbefriedigung fehlt<sup>29</sup>.

<sup>26</sup> Siehe ebenda, S. 523 ff., insbes. auch S. 585 ff.

<sup>27</sup> Die gerade in dieser Hinsicht irrige Einstellung der Vertreter des zentralverwaltungswirtschaftlichen Prinzips scheint im wesentlichen auf einer unrichtigen Grundkonzeption, und zwar darauf zu beruhen, daß man (in Verkenennung des tatsächlichen Aussagewertes der „klassischen“ Theorie, wonach Wert und Preis eines Gutes identisch und lang fristig nach den Erzeugungskosten tendieren) unterstellte, daß auch kurzfristig Wert und Preis durch die Erzeugungskosten bestimmt würden, während in der Tat gerade umgekehrt die erwartete Preisgestaltung die Höhe der aufzuwendenden Kosten bestimmt.

Die irrige Ansicht von der Kostenbestimmtheit von Wert und Preis führten zu jener *contradictio in adjecto* vom „objektiven Wert“, wie sie ihre Überspitzung in der von K. M a r x vertretenen Arbeitswertlehre gefunden hat, die — als eine Verwechslung von Wirtschaft mit Technik — dann zur Grundlage der zentralverwaltungswirtschaftlichen Ordnungsform wurde, die aber die bestimmende volkswirtschaftliche Funktionen des Preises als „Knappheitsanzeiger“ völlig übersieht.

<sup>28</sup> Mögen auch — wie W. E u c k e n (Die zeitliche Lenkung des Wirtschaftsprozesses und der Aufbau der Wirtschaftsordnungen, Jb. f. N. u. St., Bd. 159, 1944, S. 186) zutreffend ausführt — „die Preise aus der Verkehrswirtschaft übernommen oder mögen sie auf Grund neuer Bewertungen der Zentralverwaltungswirtschaft neu festgesetzt sein, — sie sind nicht geeignet, die Auslese der günstigsten Wirtschaftspläne zu sichern. Da hilft auch keine Verfeinerung der Kalkulationsmethoden und des ganzen Rechnungswesens der einzelnen Betriebsstätten, z. B. der Fabriken. Solange die Preise der Güter — also der Produkte und der Kostengüter — die faktische Knappheit nicht anzeigen, ist jede, auch die feinste Wirtschaftsrechnung nicht brauchbar“.

<sup>29</sup> So weist auch W. E u c k e n (ebenda, S. 180 f.) darauf hin, daß die Zentralverwaltungswirtschaft meist „auch gar nicht die Absicht [hat], sich an diese Bedürfnisse anzupassen. Ihr fehlt also nicht nur das W e r k z e u g, um die Bedürfnisse zu

Eine weitere Gefahr — und zwar in bezug auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung — liegt darin, daß einer Volkswirtschaft, die sich mit Hilfe solcher zentralverwaltungswirtschaftlichen Maßnahmen selbst aufgeschlossen hat, die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Ausnutzung ihrer nationalen Produktivkräfte fehlt. Denn sie ist nicht in der Lage, den Erzeugungsüberschuß, der sich bei einer Aufschließung ihrer natürlichen günstigen Erzeugungsbedingungen über den Bedarf ihrer Produktionsfaktoren schließlich ergeben muß (er kann nur in gewissen Grenzen einer Erhöhung des Lebensstandards dienen) auf jenem natürlichen Wege zu verwenden, wie dies im Falle der „natürlichen“ Aufschließung mit ausländischer Kapitalhilfe für „definitive Schuldnerländer“ zutrifft. Nur in diesem Falle aber besteht auch die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Ausnutzung der nationalen Produktivkräfte, wie das an anderer Stelle mit ausreichender Ausführlichkeit nachgewiesen wurde<sup>30</sup>.

Eine Notwendigkeit zur Anwendung zentralverwaltungswirtschaftlicher Maßnahmen wird — wie schon gesagt wurde — immer dann vorliegen, wenn die natürliche wirtschaftliche Entwicklung durch exogene Einflüsse mehr oder weniger ausgesprochen gestört ist, wobei allerdings meist außerwirtschaftliche (insbesondere auch soziale) Gesichtspunkte bestimmend für die Anwendung von Lenkungsmaßnahmen sind. Dabei sollte allerdings von Lenkungsmaßnahmen und insbesondere auch von solchen zentralverwaltungswirtschaftlicher Art nur in dem unbedingt erforderlichen Ausmaße und möglichst auch nur ergänzend zu Lenkungsmaßnahmen marktwirtschaftlicher Art Gebrauch gemacht werden. Die Notwendigkeit einer besonderen Vorsicht bei der Anwendung zentralverwaltungswirtschaftlicher Lenkungsmaßnahmen beruht auf der ihnen immanenten Gefahr von Fehlleitungen und der hierdurch bedingten Möglichkeit zur Herbeiführung oder Verstärkung bestehender „Engpässe“ als Ausdruck einer „Mangelwirtschaft“, die die Notwendigkeit zur Anwendung zentralverwaltungswirtschaftlicher Maßnahmen aus außerwirtschaftlichen Gründen erforderlich macht.

---

ermitteln, sondern vor allem auch der Wille, um ihre Wirtschaftspläne auf die vorhandenen Bedürfnisse auszurichten“.

Das scheint auch in den Ausführungen von R. Hilferding (Das Finanzkapital, Neudruck nach der 1. Aufl., Berlin 1947, S. 6) zum Ausdruck zu kommen, wonach der Tauschakt der Analyse deshalb zugänglich würde, „weil er nicht nur individuelle Bedürfnisse, sondern gesellschaftliche Notwendigkeit ist, die das individuelle Bedürfnis nur zu ihrem Werkzeug macht und es gleichzeitig einschränkt. Das individuelle Bedürfnis kann sich nur befriedigen, soweit es die gesellschaftliche Notwendigkeit zuläßt“ (Sperrung von uns).

<sup>30</sup> Vgl. hierzu auch A. Forstmann: Versuch einer allgemeinen Theorie der Alimentierung, a. a. O.; derselbe: Zur außenwirtschaftlichen Nachkriegsproblematik, a. a. O.

Die Notwendigkeit, zentralverwaltungswirtschaftliche Maßnahmen aus a u ß e r wirtschaftlichen Gründen in Anwendung zu bringen, ergibt sich aus der Tatsache, daß im Falle einer Mangelwirtschaft eine einigermaßen ausreichende Ausnutzung der nationalen Produktivkräfte und insbesondere auch der Beschäftigungskapazität grundsätzlich eine Senkung der Grenzergiebigkeit des Produktionsfaktors „Arbeit“ erforderlich macht, soweit die Mangelwirtschaft nachfrageseitig nicht dadurch in ihren Wirkungen kompensiert oder gemildert werden soll, daß der Umfang der Nachfrage durch eine entsprechende Arbeitslosigkeit reduziert wird. Insbesondere ergibt sich die Anwendung von Rationierungs- und Reglementierungsmaßnahmen in einem solchen Falle auch daraus, daß nur auf diese Weise eine einigermaßen sozial gerechte Verteilung der nur beschränkt verfügbaren Menge von Verbrauchsgütern möglich ist.

Abschließend kann grundsätzlich gesagt werden, daß durch exogen bedingte Veränderungen struktureller Art in einem j e d e n Falle eine Diskrepanz zwischen der optimalen Kombination der Produktionsfaktoren bzw. der dieser entsprechenden Erzeugungsmenge und jener Erzeugungsmenge verursacht wird, die wirtschaftlich verwendbar ist. Diese Diskrepanz wird sich grundsätzlich in einer entsprechenden Arbeitslosigkeit auswirken, die nur dadurch vermeidbar ist, daß die entstehenden Diskrepanzen auf gleiche Weise, wie sie entstanden sind, wieder beseitigt werden. Ist das nicht möglich, so wird sich in einem jeden Falle eine entsprechende Arbeitslosigkeit ergeben, die — allerdings nur in gewissen Grenzen — dadurch gemildert werden kann, daß eine Veränderung in der realen Entlohnung der Produktionsfaktoren eintritt, und zwar muß diese im Falle der Überoptimalität der Produktionsfaktoren „Kapital“ bzw. „Boden“ gesteigert, im Falle ihrer Unteroptimalität gesenkt werden.

Die Anwendung „zusätzlicher“ alimentierungsbedürftiger Vorhaben zum Zwecke der Beseitigung einer durch exogene Einflüsse verursachten strukturellen Arbeitslosigkeit ist nur im Falle der Überoptimalität der Produktionsfaktoren „Kapital“ und „Boden“ möglich, nicht aber auch im Falle der Unteroptimalität. Hier wäre eine dem Ausmaße der „zusätzlichen“ alimentierungsbedürftigen Vorhaben entsprechende Senkung des Lebensstandards notwendig, wenn nicht durch diese Art der „Arbeitsbeschaffung“ die vorhandenen Vorräte verbraucht werden sollen, wie dies im Falle der nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffung zutraf. Im Falle der Überoptimalität eines der beiden genannten Produktionsfaktoren aber läßt sich durch zusätzliche alimentierungsbedürftige Vorhaben nicht nur Arbeitslosigkeit vermeiden, sondern auch — wenigstens in gewissen Grenzen — eine Steigerung des Volka-

wohlstandes und des Lebensstandards ermöglichen; wenn natürlich auch die Restitution der natürlichen Strukturzusammenhänge auf die Dauer der beste Weg zur Erreichung gesunder Verhältnisse ist<sup>31</sup>.

## V. Schlußbemerkungen

Das Wesen des Kausalitätsproblems wirtschaftlicher Veränderungen liegt — wie im einzelnen ausgeführt wurde — in der Frage, ob Veränderungen im wirtschaftlichen Ablaufe durch endogene Einflüsse oder aber durch exogene Kräfte verursacht sind. Das beruht darauf, daß die Wirkungen solcher Veränderungen — unabhängig von gewissen Ähnlichkeiten in den äußeren Erscheinungsformen — allein durch die Art ihrer jeweiligen Verursachung bestimmt sind, so daß ihnen auch mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen nur dann und nur insoweit begegnet werden kann, als ihr tatsächlicher Charakter — dem ja auch die anzuwendenden Maßnahmen angepaßt sein müssen — klar erkannt worden ist.

Die Gefahren einer Nichtunterscheidung der hier bestehenden grundsätzlichen Unterschiedlichkeiten werden sich immer dann nicht — bzw. nicht in nachteiliger Weise für die wirtschaftliche Entwicklung — bemerkbar machen, wenn die exogen bedingten Kräfte, durch die Veränderungen im wirtschaftlichen Ablaufe hervorgerufen werden, die „natürliche“, also endogen bedingte wirtschaftliche Entwicklung unterstützen und ihr einen — grundsätzlich erwünschten — expansiven Impuls geben. Diese Nichtunterscheidung der hier relevanten Zusammenhänge und Bedingtheiten wird aber immer dann zu einer ausgesprochenen Gefahr (und zwar nicht nur in wirtschaftswissenschaftlicher, sondern vor allem auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht), wenn die von außen auf den wirtschaftlichen Ablauf einwirkenden Kräfte zu mehr oder weniger ausgesprochenen Diskrepanzen — insbesondere struktureller Art — innerhalb des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens bzw. der dies Geschehen bestimmenden Faktoren führen. Es werden sich hieraus dann gegebenenfalls — namentlich bei starken Diskrepanzen — nicht nur wirtschaftlich, sondern auch außerwirtschaftlich, insbesondere auch sozial katastrophale Folgewirkungen ergeben.

Angesichts dieser Tatsachen erscheint es dringend geboten, die hier bestehenden Unterschiedlichkeiten nochmals kurz im Grundsätzlichen zusammenzufassen.

Betrachten wir zunächst die bei monetären Veränderungen bestehenden Unterschiedlichkeiten hinsichtlich der Art der jeweiligen

<sup>31</sup> Vgl. hierzu A. Forstmann: Der Kampf um den internationalen Handel, a. a. O.; derselbe: Zur außenwirtschaftlichen Nachkriegsproblematik, a. a. O.

Verursachung sowie die sich hieraus ergebenden grundsätzlichen Unterschiedlichkeiten in den Wirkungen.

Bei endogen bedingten monetären Veränderungen im wirtschaftlichen Ablaufe besteht ein unmittelbarer Kausalnexus zwischen diesen Veränderungen und solchen güterwirtschaftlicher Art. Die hier auftretenden Veränderungen beruhen auf den Unterschiedlichkeiten in den relativen Reaktionsgeschwindigkeiten und sind derart, daß die endogenen Kräfte die auftretenden Veränderungen jeweils zur Umkehr zwingen und der Verlauf dieser Art von Veränderungen daher auch einen zyklischen Charakter aufweist.

Demgegenüber sind exogen bedingte monetäre Veränderungen im wirtschaftlichen Ablaufe dadurch charakterisiert, daß diese in keinem irgendwie gearteten Kausalnexus zu güterwirtschaftlichen Vorgängen stehen und daher auch von diesen als solche nicht beeinflußt werden können. Daraus ergibt sich die Tatsache, daß bei monetären Veränderungen exogener Bedingtheit das Gleichgewicht im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen nicht — wie bei endogen bedingten Veränderungen — um eine an sich ungestörte Gleichgewichtslage oszilliert, sondern daß eine Verschiebung der Gleichgewichtslage zu einem anderen Niveau stattfindet.

Die sowohl bei endogen wie auch bei exogen bedingten monetären Veränderungen im wirtschaftlichen Ablaufe auftretenden Veränderungen im Verhältnis des „virtuellen“ Zinses zum „Marktzinsfuß“ sind bei endogen bedingten monetären Veränderungen die Ursache, bei exogen bedingten monetären Veränderungen hingegen die Folge der jeweiligen Veränderung.

Aus dieser Umkehrung der Kausalverhältnisse ergibt sich aber auch die Tatsache, daß im Falle exogen bedingter Veränderungen der Versuch, mit Hilfe einer „monetären Konjunkturpolitik“ eine wirksame Beeinflussung güterwirtschaftlicher Vorgänge erreichen zu wollen, als ein Versuch mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt bezeichnet werden muß; denn eine solche Politik setzt eine grundsätzlich in sich ausgeglichene Volkswirtschaft voraus.

Diese Unterschiedlichkeiten hinsichtlich der Gestaltung des Verhältnisses der relevanten Zinssätze gelten nicht nur für monetäre Veränderungen, sondern für jede Art von Veränderungen im wirtschaftlichen Ablaufe überhaupt, auf die nunmehr noch kurz einzugehen sein wird.

Konjunkturelle Veränderungen im wirtschaftlichen Ablaufe sind — unabhängig von der jeweiligen Art ihrer Verursachung — durch ihren zyklischen Verlauf, d. h. dadurch gekennzeichnet, daß bei ihnen keine Veränderung des Gleichgewichtsniveaus im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen auftritt, sondern daß das Gleichgewicht

— ähnlich wie bei endogen bedingten monetären Veränderungen (die im wesentlichen Ursache endogen bedingter Konjunkturen sind) — nur um ein an sich ungestörtes mittleres Gleichgewichtsniveau oszilliert. Während diese Veränderungen bei endogener Bedingtheit durch Veränderungen im Verhältnis des „virtuellen“ Zinses zum „Marktzinsfuß“ verursacht sind (wobei man bei Veränderungen des „Marktzinsfußes“ im wesentlichen von einer geldseitigen, bei Veränderungen des „virtuellen“ Zinses von einer güterwirtschaftlichen Verursachung sprechen kann), ist der zyklische Charakter exogen bedingter konjunktureller Veränderungen im wirtschaftlichen Ablaufe durch außerwirtschaftliche Einflüsse bedingt, die einer periodischen Gesetzmäßigkeit außerwirtschaftlicher Art unterliegen.

Strukturelle Veränderungen im wirtschaftlichen Ablaufe sind — ebenfalls unabhängig von der jeweiligen besonderen Art ihrer Verursachung — dadurch charakterisiert, daß bei ihnen eine Veränderung innerhalb der Struktur des wirtschaftlichen Ablaufes bzw. der diesen Ablauf bestimmenden Faktoren verursacht wird. Der Unterschied zwischen endogen und exogen bedingten strukturellen Veränderungen im wirtschaftlichen Ablaufe beruht darauf, daß die für strukturelle Veränderungen allgemein charakteristischen Veränderungen im Verhältnis der Produktionsfaktoren zueinander bei endogen bedingten Veränderungen mit Rücksicht auf ihren Kausalnexus zur natürlichen wirtschaftlichen Entwicklung kontinuierlich erfolgt, während exogen bedingte strukturelle Veränderungen mit Rücksicht auf den fehlenden Kausalnexus zur natürlichen wirtschaftlichen Entwicklung durch die Diskontinuität der im Verhältnis der Produktionsfaktoren zueinander auftretenden Veränderungen gekennzeichnet sind.

Betrachten wir noch kurz die zwischen konjunkturellen und strukturellen Veränderungen bestehenden grundsätzlichen Unterschiedlichkeiten hinsichtlich der Verursachung, so kann festgestellt werden, daß zwar beide Arten von Veränderungen ihren Ausdruck in einer Veränderung der relativen Grenzergebnigkeiten finden, daß diese Veränderungen aber bei konjunkturellen Veränderungen die Ursache dieser Veränderungen, bei strukturellen Veränderungen hingegen die Folge der für diese charakteristischen Veränderungen im Verhältnis der Produktionsfaktoren zueinander sind, die bei konjunkturellen Veränderungen nicht auftreten.

Die Gefahren, die sich aus einer Nichtbeachtung der hier bestimmenden Unterschiedlichkeiten — und zwar zunächst einmal in wirtschaftswissenschaftlicher Hinsicht — ergeben, beruhen ganz allgemein darauf, daß man — vertraut mit und gewöhnt an die Analysen einer naturgemäß endogen bedingten „reinen“ Theorie (aber auch ihrer An-

wendung bei der Erklärung endogen bedingter konjunktureller Veränderungen) — nur zu leicht geneigt ist, eine jede konkret gegebene wirtschaftliche Situation — ohne Rücksicht auf die (im allgemeinen auch gar nicht erkannten) verursachenden Einflüsse — so zu behandeln, „als ob“ es sich bei den zu erklärenden Erscheinungen um solche der „natürlichen“, also endogen bedingten wirtschaftlichen Entwicklung handelte.

Das mußte und muß auch weiterhin natürlich zu schwerwiegenden Fehlschlüssen führen, wenn die den wirtschaftlichen Ablauf beeinflussenden bzw. bestimmenden Kräfte nicht aus der natürlichen wirtschaftlichen Entwicklung stammen, sondern wenn sie von außen auf das wirtschaftliche Kreislaufgeschehen einwirken und durch sie innerhalb dieses Geschehens bzw. der dies Geschehen letztlich bestimmenden Faktoren mehr oder weniger ausgesprochene Diskrepanzen verursacht werden.

In besonderer Prägnanz muß sich eine durch Nichterkenntnis der hier relevanten Unterschiedlichkeiten bestimmte Unklarheit des Standpunktes natürlich zeigen, wenn man versucht, auf einer einmaligen historischen Situation exogener Bedingtheit ein ganzes wirtschaftswissenschaftliches System aufzubauen, wie das sowohl für die Hypothesen von Karl Marx<sup>32</sup> wie auch in jüngerer Zeit für die von J. M. Keynes<sup>33</sup> charakteristisch ist. Die besondere Gefahr liegt in beiden Fällen darin, daß man nur das System als solches und seinen logischen Aufbau bewertet, nicht aber auch die Richtigkeit der Grundkonzeption, d. h. die Frage prüft, ob die Voraussetzungen, auf denen diese Systeme beruhen, den — ausgesprochen oder unausgesprochen — unterstellten Annahmen entsprechen, d. h. ob die ihnen als natürlich unterstellten Voraussetzungen auch tatsächlich der endogen bedingten natürlichen wirtschaftlichen Entwicklung entsprechen oder aber ob sie nicht in der Tat Ausdruck exogener Einflüsse sind.

Zwischen den von K. Marx einerseits und den von J. M. Keynes andererseits vertretenen Hypothesen bestehen sowohl gewisse Übereinstimmungen wie auch gewisse Unterschiedlichkeiten. Die hier bestehenden Übereinstimmungen liegen darin, daß — wie bereits erwähnt wurde — sowohl Marx wie auch Keynes eine einmalige historische Situation exogener Bedingtheit zur tragenden Grundlage ihrer Betrachtungen machten. Ihr besonderes Charakteristikum liegt in beiden Fällen in der durch exogene Einflüsse verursachten Diskrepanz zwischen der optimalen Kombination der Produktionsfaktoren bzw. der dieser entsprechenden Erzeugungsmenge und jener Erzeugungsmenge,

<sup>32</sup> Siehe hierzu insbes. K. Marx: Das Kapital, Bd. 1, 8. Aufl., Hamburg 1919.

<sup>33</sup> Vgl. J. M. Keynes: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, a. a. O.

die nachgefragt und daher auch allein wirtschaftlich legitim ist. Aus dieser Situation muß sich eine grundsätzlich deflatorische Entwicklung ergeben. Beide bauen also ihre Untersuchungen auf einer als endogen unterstellten exogen bedingten Situation deflatorischer Natur auf.

Der Unterschied zwischen der von **Marx** einerseits, von **Keynes** andererseits entwickelten Hypothesen ist kein grundsätzlicher, sondern nur ein solcher in der jeweils besonderen Art der in beiden Fällen exogen bedingten Verursachung. Dieser Unterschied beruht darauf, daß **Marx** von einer Situation ausgeht, die auf einer durch den Einfluß der Technik verursachten Überoptimalität des Produktionsfaktors „Kapital“ beruht, während die exogen bedingten Diskrepanzen, die **Keynes** seinen Hypothesen zugrunde legt, auf den Folgewirkungen des Krieges beruhen und ihren Grund darin haben, daß durch diesen in den Vereinigten Staaten eine Überoptimalität und in den europäischen Staaten und insbesondere in Deutschland eine Unteroptimalität des Produktionsfaktors „Boden“ verursacht wurde, ohne daß die übrigen, den wirtschaftlichen Ablauf bestimmenden Faktoren mit dieser exogen bedingten Veränderung in Übereinstimmung gebracht werden konnten.

Die Notwendigkeit einer sich hieraus ergebenden — wenn auch vorübergehend durch die Kreditgewährungen der Vereinigten Staaten auf unnatürliche Weise in ihren Wirkungen aufgeschobenen — kontraktiven wirtschaftlichen Entwicklung ergibt sich daraus, daß — sowohl im Falle der Vereinigten Staaten wie auch in dem der europäischen Volkswirtschaften und insbesondere auch Deutschlands — die natürlichen Alimentierungsfunktionen jener einseitigen Wertübertragungen gestört waren<sup>34</sup>, in denen die internationale Arbeitsteilung ihren besonders charakteristischen Ausdruck gefunden hat<sup>35</sup>. Das beruht — wie ausgeführt wurde — darauf, daß die Vereinigten Staaten durch die exogen bedingten Einflüsse des Krieges und seiner wirtschaftlichen Folgewirkungen aus einem natürlichen Schuldnerland zu einem künstlichen Gläubigerland geworden waren. Demgegenüber waren die europäischen Staaten und insbesondere auch Deutschland aus gleicher Verursachung aus natürlichen Gläubigerländern zu künstlichen Schuldnerländern geworden, ohne daß sich in beiden Fällen auch die übrigen Strukturcharakteristika dieser Veränderung angepaßt hätten

<sup>34</sup> Vgl. hierzu **A. Forstmann**: Versuch einer allgemeinen Theorie der Alimentierung; siehe auch derselbe: Zur außenwirtschaftlichen Nachkriegsproblematik, a. a. O.

<sup>35</sup> Siehe hierzu **A. Forstmann**: Zur Frage der Erneuerung der Außenwirtschaftstheorie und ihres Einbaus in die allgemeine volkswirtschaftliche Theorie, a. a. O.



oder überhaupt hätten anpassen lassen. Dieser Tatbestand wurde jedoch von Keynes nicht berücksichtigt, wie dies insbesondere auch die aus seinen Hypothesen gezogenen praktischen Konsequenzen erkennen lassen, die zwar für die Vereinigten Staaten mit Rücksicht auf deren aktiven Alimentierungszwang richtig, aber ebenso unrichtig und gefährlich für die europäischen Staaten mit ihrer passiven Alimentierungsabhängigkeit sind.

Der Fehler der von Marx vertretenen Hypothesen beruht vor allem darauf, daß dieser nicht erkannt hatte, daß die technischen Einflüsse und die hierdurch bedingte Senkung der Grenzergiebigkeit des Produktionsfaktors „Kapital“ nicht nur einen Überschuß der Erzeugung über den Bedarf ihrer Produktionsfaktoren verursachten, sondern gleichzeitig auch die Möglichkeiten dafür schufen, daß dieser Überschuß wirtschaftlich verwertbar wurde und somit die Technisierung nicht zu der befürchteten „Freisetzung“ von Arbeitskräften und ebenso wenig zu der prophezeiten Verelendung, sondern im Gegenteil zu einer Steigerung der Beschäftigung ebenso wie auch zu einer solchen des Reallohnes führten. Die Hypothesen von Marx wurden daher auch nicht nur — wie im Falle der von ihm vertretenen „Freisetzungstheorie“ — durch die sogenannte „Kompensationstheorie“ (wenn auch ohne ausreichende Erkenntnis der hier tatsächlich relevanten Zusammenhänge und Bedingtheiten und auch teilweise unrichtig)<sup>36</sup> theoretisch, sondern auch durch das Geschehen der wirtschaftlichen Wirklichkeit als unrichtig (zumindest in wesentlichen Punkten) nachgewiesen. Ihre Irrigkeit wurde daher — auch in anderen wesentlichen Punkten — vom rational eingestellten Teil seiner Anhängerschaft zugegeben<sup>37</sup>, während der orthodoxe Standpunkt seiner Lehre auch heute noch von jenen vertreten wird, die auf Grund einer mehr irrationalen Einstellung nicht zwischen Theorie und Dogma zu unterscheiden vermögen.

Der Fehler der von Keynes vertretenen Hypothesen beruht demgegenüber darauf, daß er die exogen bedingte deflatorische Entwicklung, die er als das Ergebnis der natürlichen wirtschaftlichen Entwicklung ansah<sup>38</sup> und die ihn schließlich zu jener Auffassung führten, die Pigou nicht zu Unrecht als eine „Vision vom Tage des jüngsten Gerichtes“ bezeichnet hat<sup>39</sup>, damit begründete, daß hohe Einkommen und eine

<sup>36</sup> Mit ihr hat sich K. Marx (a. a. O., S. 403 ff.) im ablehnenden Sinne ausführlich auseinandergesetzt, wobei die im wesentlichen unrichtige Begründung der Kompensationstheorie ihm diese Ablehnung leicht gemacht hat.

<sup>37</sup> Es sei hier auf die Ansichten der Vertreter des sogenannten „Revisionismus“ hingewiesen.

<sup>38</sup> Vgl. hierzu auch A. Forstmann: Zur Theorie der Deflation, a. a. O., S. 249 ff.

<sup>39</sup> Vgl. hierzu A. C. Pigou: The General Theory of Employment, Interest and Money by J. M. Keynes, Eca., 1936.

übermäßige Kapitalausrüstung zu einem dauernden Überwiegen der Ersparnisse über die Investitionen führten, so daß ein Ausgleich nur durch „zusätzliche“ alimentierungsbedürftige Vorhaben erreicht werden könnte. Diese Ansicht berücksichtigt weder die tatsächliche Verursachung noch die bestehenden strukturellen Unterschied, durch die auch die jeweilige Möglichkeit bzw. Unmöglichkeit seiner praktischen Vorschläge bedingt sind.

Abschließend sei schließlich noch auf die — sowohl wirtschaftstheoretisch wie auch wirtschaftspolitisch — völlig unrichtige Behandlung der allgemeinen wirtschaftlichen Situation nach dem ersten Weltkriege hingewiesen, die ihren charakteristischen Ausdruck darin fand, daß man — sowohl seitens der Wirtschaftswissenschaft wie auch seitens der sogenannten „Praktiker“ und „Politiker“ — von der Annahme ausging, daß es sich hier um Veränderungen grundsätzlich konjunktureller Art — wenn auch besonderen Ausmaßes — handelte<sup>40</sup>. In der Tat aber waren die auftretenden Störungen struktureller Natur und exogener Bedingtheit, so daß auch die angewandten Mittel versagen mußten und die tatsächlichen Zusammenhänge schließlich — von der vorübergehenden und künstlichen Suspendierung durch die seitens der Vereinigten Staaten gewährten Kredite abgesehen — in der sogenannten „Weltwirtschaftskrise“ evident wurden.

Die Beachtung der hier bestehenden Irrtümer ist deshalb von besonderer Wichtigkeit, weil die gegenwärtige Situation in vieler Hinsicht grundsätzlich die gleiche ist wie damals und man auch heute wieder auf Grund einer gleich unrichtigen Einschätzung der Verhältnisse zu ähnlich unrichtigen Vorschlägen seine Zuflucht nimmt wie in jener Zeit.

Die Irrigkeit solcher Ansichten — namentlich auch auf wissenschaftlicher Seite — beruht nicht zuletzt auf jener unrichtigen Einschätzung der Bedeutung der Konjunkturtheorie, wie sie in der von Eucken vertretenen — bereits erwähnten — Ansicht zum Ausdruck kommt, die Konjunkturtheorie begehe dadurch einen Fehler, daß von ihr „die Einflüsse nichtwirtschaftlicher, insbesondere politischer Ereignisse auf den wirtschaftlichen Alltag unterschätzt und insgesamt die wirtschaftliche Wirklichkeit, wie sie ist, nicht gesehen“ würde. Denn in der Tat muß die Konjunkturtheorie mit Rücksicht auf die von ihr zunächst als „reine“ Theorie zu erfüllende Aufgabe der Erklärung zyklischer Vorgänge von allen außerwirtschaftlichen, also exogenen Einflüssen struktureller Art abstrahieren, wenn sie zu eindeutigen Ergebnissen gelangen will.

<sup>40</sup> Vgl. hierzu insbesondere auch A. Forstmann: Der Kampf um den internationalen Handel, a. a. O.; siehe auch derselbe: Zur außenwirtschaftlichen Nachkriegsproblematik, a. a. O., sowie die dort angegebene Literatur.